



ORIENTIERUNG

Nr. 18 64. Jahrgang Zürich, 30. September 2000

VOR JAHRESFRIST fieberte die Welt in einem Gemisch von Hoffnungen und Ängsten dem Jahr 2000 entgegen. Inzwischen leben wir im neuen Millennium, ohne daß sich ein Gefühl der Besonderheit eingestellt hätte. Vergessen sind die Neujahrsansprachen der Politiker, geblieben vielleicht die Erinnerung an die Faszination eines Feuerwerks in der Silvesternacht. Auch die auf das Computerzeitalter abgestimmten chiliastischen Befürchtungen erwiesen sich als unbegründet: weder verschwanden unsere Bankkonten, noch fielen Flugzeuge vom Himmel.

Im nachhinein erscheint die Bedeutung, die dem Übergang in das neue Jahrtausend in der Öffentlichkeit beigemessen wurde, als übertrieben. Doch nicht in Polen. Dort kann man mit Fug und Recht von einem geschichtlich verankerten Millenniumsbewußtsein sprechen, das dem Jahr 2000 einen besonderen Rang verleiht und im Jahr 1966 einen nicht minder bedeutsamen Vorläufer besitzt. Im Laufe einer guten Generation feierte Polen gleich zweimal den Eintritt in ein neues Millennium, ohne daß dieser Übergang mit dem Neujahrstag zusammengefallen wäre. Um dieses spezifisch polnische Millenniumsbewußtsein zu verstehen, sollen zunächst beide Ereignisse in den Blick genommen und miteinander in Vergleich gesetzt werden.

Polens Weg in ein neues Millennium

Der Gedanke, das Jahr 1966 mit Tausendjahrfeiern zu krönen, kam Primas *Wyszynski* im Herbst 1954. Polens prominentester politischer Häftling las zu dieser Zeit den Roman *Potop* (Die Sintflut), in dem *Henryk Sienkiewicz* den Schwedeneinfall schildert, der am heldenhaften Widerstand des Paulinerklosters auf dem Hellen Berg bei Tschenstochau, dem Thronszitz der Madonna, am Weihnachtsabend des Jahres 1655 scheiterte. Der Primas sah in dem damaligen Ereignis eine Analogie zur Situation im kommunistischen Polen. Er entwarf für das kommende Jahrzehnt einen auf Tschenstochau orientierten Pastoralplan. 1956 sollten die Gelübde erneuert werden, die 300 Jahre zuvor *Jan Kasimir*, Kardinal und Polens König in einer Person, am 1. April 1656 zum Dank für die Errettung aus der «Sintflut» in der Lemberger Kathedrale abgelegt hatte und die das polnische Volk für immer zur Treue gegenüber seiner himmlischen Königin verpflichteten. Die Erneuerung der Gelübde sollte zugleich den Auftakt zu einer neunjährigen Großen Novene bilden und in die Tausendjahrfeiern der «Taufe Polens» im Jahr 1966 münden.

Der von Primas *Wyszynski* ersonnene Plan fand ein erstaunliches Echo. Am 26. August 1956, dem Fest der Madonna von Tschenstochau, wurden in Abwesenheit des noch inhaftierten Primas auf dem Hellen Berg vor einer Million Gäubigen die Gelübde erneuert. Sie enthielten u.a. das Versprechen an Maria, «die Patronin und Königin der polnischen Nation», alles zu tun, «damit Polen dein wirkliches Königreich und das deines Sohnes wird, völlig deiner Herrschaft unterstellt in unserem persönlichen, familiären, beruflichen und sozialen Leben...»¹

Die Große Novene war eine auf die Situation der polnischen Kirche und Nation abgestimmte Konkretisierung dieses Gelübdes. Jedes Jahr stand unter einem eigenen Leitspruch, z.B. Gott und dem Kreuz die Treue wahren, christliche Erziehung der Jugend, Schutz des Lebens, Eintreten für soziale Gerechtigkeit. Die Handlungsziele wurden bei Wallfahrten, in Predigten und auf Seminaren ausgeführt und vertieft. Für einen Außenstehenden verständlich werden sie erst auf dem Hintergrund erneuter Unterdrückung der Kirche nach dem Ende des «Polnischen Oktobers» 1956, der eine kurze Phase des «Taufwitters» eingeleitet hatte, durch die der Primas im übrigen freikam. Damals entbrannte um die in den Schulen und anderen öffentlichen Gebäuden erneut angebrachten Kreuze ein Kampf, der Religionsunterricht in den Schulen wurde wiederum behindert und schließlich untersagt, eine neue Gesetzeslage gab praktisch den Schwangerschaftsabbruch ohne sonderliche Auflagen frei.

Verbunden war die Große Novene mit dem «Besuch» einer von Papst *Pius XII.* während der ersten Audienz des Primas nach seiner Haftentlassung geweihten Kopie des Tschenstochauer Gnadenbildes in den Gemeinden. Diese religiöse Demonstration ziel-

GESCHICHTE/POLITIK

Polens Weg in ein neues Millennium: Vor dem Übergang in ein neues Jahrtausend – Polens geschichtlich verankertes Millenniumsbewußtsein – Die Feiern im Jahre 1956 und 1966 – Politik mit den Jubiläumsfeiern durch Kardinal *Wyszynski* – Das Ende des «Polnischen Oktobers» – Freiheit für die Kirche und das Vaterland – Die veränderte Situation zur Jahrtausendwende 2000 – Erinnerung an die Gnesener Begegnung im Jahr 1000 – Das Versöhnungsangebot der polnischen Bischöfe im Jahre 1966 – Die europäische Dimension wird in den achtziger Jahren politisch fruchtbar – Ein Orientierungsmuster deutsch-polnischer Beziehungen – Die unerledigte Vertriebenenfrage – Vor der Aufnahme Polens in die Europäische Union – Die Konferenz vom 7. und 8. Juni 2000 in Warschau.

Theo Mechtenberg, Bad Oeynhausen

INTERVIEW

Normalisierung in Algerien? Interview mit dem algerischen Filmemacher *Abderrahman Bouguermouh* – Suche nach ausländischen Investoren – Warnung der Opposition – Gescheiterte Versöhnungskampagnen und nicht erreichte Demokratisierung – Das Tabuthema der Berber – Selbstzensur bei vielen Journalisten – Zur rechtlichen Stellung der Frau – Ihr Einsatz für die Demokratisierung und die Menschenrechte – Arabisierung und Islamisierung der Kabylei – Der Einsatz der Berber-Partei RCD – Der orientalische Blick europäischer Reisender und Intellektueller – Das Schicksal der Berbersprache – Die Arbeit als Filmemacher im Exil – Entwurf eines Romans über die algerische Identität – Albert Camus als Algerier.

Interview: Martina Nähle, Bad Honnef

IN MEMORIAM

«Vom Leben zum Recht»: Zum Tode des amerikanischen Kanonisten *James H. Provost* – Lehrer, Forscher und Priester – Ein eigenständiger theoretischer Kopf der amerikanischen Kanonistik – Leitungsfunktionen in der «Canon Law Society of America» – Im Dialog zwischen der römisch-katholischen und der anglikanischen Kirche engagiert – Schwierigkeiten mit Rom – Dem Zweiten Vatikanischen Konzil verbunden.

Knut Wolf, Nijmegen

KIRCHE/ÖKUMENE

Wenn ein Konzil umgedeutet wird...: Zur neuesten Erklärung *Dominus Iesus* der Glaubenskongregation – Die Reaktionen und ihre Paradoxie – Enttäuschte Hoffnungen und realistische Erwartungen – «Neue Fragen» als Folge des interreligiösen Dialogs – Die Anerkennung der nichtchristlichen Religionen – Einzigkeit und Heilsuniversalität Jesu Christi und der Kirche – Die Uminterpretation eines Schlüsseltextes des Konzils – Die Absicht der Verfasser des Textes – Konsequenzen für die Ökumene und die innerkirchliche Situation.

Nikolaus Klein

te auf ein Engagement der Gläubigen für «die Freiheit der Kirche und des Vaterlandes» und wurde staatlicherseits als Provokation empfunden. Der «Besuch» der Ikone wurde mehrfach gestört, das Gnadenbild polizeilich «verhaftet» und ins Kloster zurückgebracht, von wo es dann doch wieder seinen Weg zu den Gemeinden fand.

Höhepunkt bildete das Millenniumsjahr 1966. Der historische Rückbezug auf die Taufe des Piasten *Mieszko I.* im Jahr 966 wurde als Taufe Polens am Anfang seiner Nation- und Staatswerdung interpretiert; sie habe eine tausendjährige Kontinuität der Einheit von Glaube und Nation begründet, die es – und darauf lag der Akzent der großen Wallfahrtspredigten – für das neue Millennium zu bewahren gelte.

Die veränderte Situation zur Jahrtausendwende

Das Millennium 2000 fällt in eine gänzlich andere Zeit. Das kommunistische System gehört der Vergangenheit an. Die Transformationsprozesse zu Demokratie und Marktwirtschaft verlaufen, wenngleich nicht ohne Reibungsverluste und soziale Belastungen, in einer Weise, welche die Hoffnung auf eine Aufnahme Polens in die Europäische Union im Jahr 2003 als möglich erscheinen läßt. Polens katholische Kirche hat sich nach anfänglichen Fehlern auf die neue Lage eingestellt und ihren Ort in der pluralistischen Gesellschaft gefunden. Nachdem Bischöfe und Priester zunehmend darauf verzichteten, sich in das politische Tagesgeschäft einzumischen, hat die Kirche wieder an moralischer Autorität gewonnen, die sie metapolitisch einzusetzen weiß. Zudem bietet das gegenwärtige Millennium genügend Anlässe, um das über dreißig Jahre zurückliegende Millenniumsbewußtsein anzureichern und zu modifizieren.

So lassen sich bestimmte, heute von der Zeit überholte Nachwirkungen des Pastoralprogramms von Primas Wyszyński feststellen. Aufgrund der klaren Frontstellung zwischen Kirche und kommunistischem System wurde damals auf beiden Seiten die Strategie innerer Einheit und Geschlossenheit mythisiert und ein mit einer antagonistischen Grundhaltung verbundenes duales Denkmuster verfestigt. Beides ist in der nun pluralistischen Gesellschaft dysfunktional geworden, aber noch keineswegs überwunden. Manche Defizite der politischen Kultur haben hierin ihren Grund. So wird beispielsweise in sich besonders national gebenden katholischen Kreisen ein Patriotismus propagiert, der weiterhin nicht ohne Feindbild auskommt und seine angebliche Verteidigung nationaler Werte und Identität durch eine betont antiwestliche Grundeinstellung in zuweilen aggressiver Form zum Ausdruck bringt. Sie besitzen in «Radio Maria» ein einflußreiches Sprachrohr. Derweil häufen sich auf der politischen Bühne Fälle von Korruption und Durchsetzung partikularer Interessen ohne Rücksicht auf das Gemeinwohl. Die Bischofskonferenz hat diesen Zustand jüngstens kritisiert und die Politiker angesichts der Gefahr einer inneren Aushöhlung demokratischer Institutionen ermahnt, ihrer Verantwortung gerecht zu werden. In dieser Situation ist ein vom Millennium 2000 ausgehender Impuls sehr willkommen.

Das Jahr 1000 – die Gnesener Begegnung

Zu den Merkmalen des polnischen Geschichtsbewußtseins gehört die Fähigkeit, durch eine Aktualisierung geschichtlicher Erinnerung die Gegenwart zu gestalten und Visionen für die Zukunft zu gewinnen. Unter diesem Aspekt verdient das Millennium des Jahres 2000 besondere Beachtung, das – wie in keinem anderen Land – über das gesamte Jahr verteilt eine Vielzahl kirchlicher, gesellschaftlicher und staatlicher Veranstaltungen aufweist. Der äußere Anlaß ist das Gnesener Zusammentreffen von Kaiser *Otto III.* und *Boleslaus* dem Tapferen im März des Jahres 1000.

¹ Hier zitiert nach Andrzej Micewski, Stefan Kardinal Wyszyński, Primas von Polen. Mainz-München 1990, S. 159.

Die historischen Umstände können hier nur kurz skizziert werden: *Otto III.* (980–1002) war von der Idee erfüllt, auf christlicher Grundlage das römische Kaiserreich zu erneuern. Sein Einfluß auf die Kirche seiner Zeit war enorm. So verhalf er einem seiner Vertrauten, Erzbischof *Gerbert* von Ravenna, zur Papstwürde. Kaum zufällig nahm dieser den Namen *Sylvester II.* an – in Erinnerung an *Sylvester I.*, durch dessen Hand *Konstantin* die Taufe empfangen hatte.

Seit der Taufe *Mieszko I.* hatte sich unter seiner Herrschaft an der Ostgrenze des Reiches ein beachtliches Fürstentum entwickelt, versehen mit einem dem Papst unmittelbar unterstellten Bistum mit Sitz in Posen. So konnte sein Sohn *Boleslaus* ein ansehnliches Erbe antreten. Der Zufall der Geschichte wollte es, daß sich der aus seinem Prager Bistum vertriebene *Adalbert* zeitgleich in Rom mit *Otto* befreundete und sich von dort als Missionsbischof nach Gnesen begab. Als er bei dem Versuch, die Pruzen für das Christentum zu gewinnen, den Märtyrertod fand, pilgerte *Otto* im Jahr 1000 zum Grab seines Freundes nach Gnesen. Die Quellen schildern anschaulich den prachtvollen Empfang, den *Boleslaus* dem Kaiser bereitete. Dieser habe ihn zu seinem «Bruder» und «Mithelfer» gemacht und ihm zum Zeichen der Freundschaft und des Bündnisses sein Diadem aufgesetzt und auf diese Weise gekrönt. Zudem errichtete *Otto* eine eigene, in sich selbständige Kirchenprovinz mit Gnesen als Zentrum und mit Breslau, Kolberg und Krakau als Suffraganbistümern.

Der Akt von Gnesen läßt sich in dreifacher Richtung interpretieren: in seiner Bedeutung für die Geschichte Polens, als Orientierungsmuster deutsch-polnischer Beziehungen sowie bezüglich seiner europäischen Dimension.

Gnesen im polnischen Selbstverständnis

Im polnischen Geschichtsverständnis bilden die Taufe *Mieszkos* sowie der Akt von Gnesen die Grundlage eigener Staatswerdung sowie einen wichtigen Bezugspunkt nationaler Identität. Als Polen vor einem Jahrtausend die geschichtliche Bühne betrat, waren damit bereits wesentliche Inhalte seiner künftigen Geschichte vorgegeben: die Zugehörigkeit dieser slawischen Nation zum westeuropäischen Kulturkreis, die daraus resultierende Funktion einer östlichen «Vormauer des Abendlandes», eine – wie *Johannes Paul II.* 1979 vor der Polnischen Bischofskonferenz erklärte – Verankerung der Nation in der im Jahre 1000 begründeten hierarchischen Struktur der Kirche, der es zu verdanken ist, daß die polnische Nation ihre schwierigsten Epochen überstanden hat. Wörtlich sagte der Papst: «Damals, als nationale staatliche Strukturen fehlten, fand die in ihrer übergroßen Mehrheit katholische Gesellschaft in der hierarchischen Verfassung der Kirche einen Halt. Das ermöglichte es ihr, die Zeiten der Teilung und der Okkupation zu überstehen, das Bewußtsein ihrer Identität zu wahren, es sogar zu vertiefen. Ein Fremder mag dies für eine «untypische» Situation halten. Nichtsdestoweniger ist dieses Faktum für die Polen eindeutig: Es ist Teil der geschichtlichen Wahrheit unseres Vaterlandes.»²

Den äußeren Beobachter mag es verwundern, daß das am Gnesener Ursprung orientierte polnische Selbstverständnis trotz eines Geschichtsverlaufs Bestand hat, in dem sich der mächtige westliche Nachbar keineswegs immer als «Bruder» und «Mithelfer» erwies, Polen wiederholt zum Spielball eigener nationaler Interessen machte und schließlich bis an den Rand seiner nationalen Existenz brachte. Versuche, in Abweichung von dem vorgegebenen Selbstverständnis die staatliche und nationale Existenz zu sichern, waren nicht von Dauer: weder die zeitweilige Konzeption einer Äquidistanz zu Deutschland und Rußland, noch die in einem eklatanten Widerspruch zu den nationalen Traditionen stehende kommunistische Herrschaft der Nachkriegszeit. Nach ihrer Logik galt das Bündnis mit der Sowjetunion als einziger Garant der polnischen Westgrenze

² Stark im Glauben. *Johannes Paul II.* in Polen. Kevelaer 1979, S. 79.

und, damit verbunden, der nationalen Existenz – allerdings um den Preis einer Abspaltung vom westlichen Europa.

In diesem Zusammenhang ist es sehr bezeichnend, daß die polnischen Bischöfe in ihrem an ihre deutschen Amtsbrüder gerichteten Einladungsschreiben zu den Millenniumsfeierlichkeiten des Jahres 1966 ausführlich auf die Taufe Mieszkos und den Akt von Gnesen Bezug nahmen und dann fortfahren: «Das sind die geschichtlichen Anfänge des christlichen Polens und zugleich auch die Anfänge seiner nationalen und staatlichen Einheit. Auf diesen Fundamenten – christlich, kirchlich, national und staatlich zugleich – wurde sie durch alle Generationen hindurch weiter aufgebaut ...»³ Neben dem Versöhnungsangebot war diese deutliche Westorientierung der Grund für die ungemein scharfe Reaktion der politischen Führung Polens, die in dieser Initiative der polnischen Bischöfe eine Kampfansage an das kommunistische System und das Bündnis mit der UdSSR sah. Der damalige Parteichef *Wladystaw Gumulka* hat denn auch in seiner Parlamentsrede den Bischöfen ihre Westorientierung vorgeworfen, die faktisch auf eine Revision der Jaltaordnung hinauslaufe und damit die Interessen des sozialistischen Lagers insgesamt berühre. In ihrer Konzentration auf das zentrale Versöhnungsangebot hat damals die westliche Öffentlichkeit die Brisanz dieses Rückbezugs auf Gnesen kaum wahrgenommen. Politisch wirksam wurde er dann in den achtziger Jahren, als sich die polnische Opposition unter der Devise «Zurück nach Europa» anschickte, die Hegemonie der UdSSR zu überwinden, die Jaltaordnung zu revidieren und den Weg freizumachen für eine neue Epoche europäischer Geschichte.

Gnesen und das deutsch-polnische Verhältnis

Wirft man einen Blick in den polnischen Millenniumskalender, so ist man von der Fülle hochrangiger politischer, wissenschaftlicher und kultureller Veranstaltungen zu den deutsch-polnischen Beziehungen überwältigt. So fanden die turnusmäßigen deutsch-polnischen Regierungskonsultationen in diesem Jahr mit Bedacht in Zusammenhang mit den Zentralen Jubiläumsfeierlichkeiten in Gnesen statt. Die Friedrich-Ebert- wie die Konrad-Adenauer-Stiftung sind mit wissenschaftlichen Konferenzen zu den historischen und aktuellen deutsch-polnischen Beziehungen vertreten. Der polnische Germanistenverband veranstaltete unter der Schirmherrschaft der Präsidenten Polens und der Bundesrepublik einen Millenniumskongreß zum Thema «1000 Jahre deutsch-polnische Beziehungen. Sprache – Literatur – Kultur – Politik». Dazu zahlreiche Konzerte, Buchpräsentationen, Literaturlesungen und eine Wanderausstellung zu den kulturellen, politischen und gesellschaftlichen Verbindungen zwischen Deutschland und Polen im 11. Jahrhundert.

Im Unterschied zu der jahrzehntelangen Aufarbeitung der durch einen nationalen Antagonismus belasteten Vergangenheit stehen diese Veranstaltungen im Zeichen positiver deutsch-polnischer Wechselwirkungen einer tausendjährigen Nachbarschaft.

Angesichts dieses Befundes erscheinen die gegenwärtigen deutsch-polnischen Beziehungen geradezu in einem strahlenden Licht. Man gewinnt den Eindruck, der nach dem Zweiten Weltkrieg unter vielen Mühen zurückgelegte Weg deutsch-polnischer Verständigung sei an sein Ziel gelangt. In der Tat spricht manches für eine Analogie zwischen dem Gnesener Akt und der heutigen Situation: Die Grenze zwischen dem vereinten Deutschland und Polen hat fast den gleichen Verlauf wie vor 1000 Jahren und erscheint durch einen Grenzvertrag gesichert. Die Bundesrepublik versteht sich offiziell, wenn nicht als «Bruder», so doch als «Mithelfer» Polens und hat dies im «Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit» vom 17. Juni 1991 auch zum Ausdruck gebracht. In der Präambel des Vertrages sind die bilateralen Beziehungen in

³Der Briefwechsel der katholischen Bischöfe; hier zitiert nach Reinhard Henkys, Hrsg., Deutschland und die östlichen Nachbarn. Stuttgart 1966, S. 219.

Burg Rothenfels 2001

Im «Vorhof der Heiden» –
Rituale des Glaubens gestalten und feiern
vom 14. – 16. Februar 2001

mit: Dr. Brigitte Enzener Probst, Prof. Dr. Albert Gerhards (angefragt), Dr. Gotthard Fuchs, P. Dieter Haite OSB, Dr. Reinhard Hauke, Dr. Michael Hochschild, Prof. Dr. Benedikt Kranemann, Ernst Werner und Prof. Dr. Siegfried Wiedenhofer.

Mit der fortschreitenden Auflösung des volkswirtschaftlichen Milieus in Westeuropa wird der «Vorhof der Heiden» als Ort ritueller Begegnung von Nichtchristen und Christen wiederentdeckt.

Im Katechumenat wird die Zeit des Kennenlernens und der ersten Orientierung mit Blick auf eine spätere Taufe gefeiert. Andere Feiern, ganz ohne explizite Taufintention (z.B. die Lebenswendefeier in Erfurt) verstehen sich als rituelle Hilfe zur Sinnfindung für Ungetaufte und ermöglichen auf diese Weise die Begegnung von Nichtchristen und Christen.

Welche ästhetisch und symbolisch überzeugenden Rituale und Liturgien im Vorhof gibt es und wie lassen sie sich möglicherweise fortentwickeln?

Die Burg Rothenfels lädt alle Verantwortlichen in der Liturgischen Arbeit zu einem Werkstattgespräch über diese Frage ein.

Info und Anmeldung:

Burg Rothenfels, 97851 Rothenfels, Telefon 09393-99999, Fax 09393-99997, E-Mail: anmeldung@burg-rothenfels.de

einen europäischen Kontext eingebunden und haben gemeinsame Werte zur Grundlage. Im Februar 1990, noch vor Abschluß dieses Vertrages, prägte der polnische Außenminister *Krzysztof Skubiszewski* die inzwischen von Politikern beider Seiten mehrfach wiederholte Formel einer «deutsch-polnischen Interessengemeinschaft». Diese hatte in der Zeit des Umbruchs einen sehr konkreten Sinn, insofern es zwischen dem durch Polen eingeleiteten Zusammenbruch der kommunistischen Systeme und der Einheit Deutschlands einen unmittelbaren Zusammenhang gab, der heute allerdings bei vielen wieder in Vergessenheit geraten ist. Es fragt sich jedoch, ob diese «Interessengemeinschaft» im Zuge der inzwischen eingetretenen Normalität die deutsch-polnischen Beziehungen weiterhin bestimmt oder an unterschiedlichen Interessenlagen ihre Grenze findet.

Die unerledigte Vertriebenenfrage

Zur Normalisierung der deutsch-polnischen Beziehungen gehört auch, daß im wechselseitigen Dialog nun ein Thema zur Sprache kommt, das vor der Wende mehr oder weniger tabu war: die Vertreibung der Deutschen aus den ehemals deutschen Ostgebieten. Anders als zu kommunistischen Zeiten wird es heute in der polnischen Wissenschaft und Publizistik nicht mehr verschwiegen, sondern in aller Gründlichkeit erarbeitet. So gibt es über das Faktum der Vertreibung heute keinen Dissens mehr, wohl aber über ihre völkerrechtliche Bewertung. Während in Polen die Auffassung vorherrscht, die Aussiedlung der Deutschen sei auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens erfolgt, wird deutscherseits diese Argumentation bestritten. Auch die Bischofskonferenzen beider Länder sind in diese Auseinandersetzung involviert. Auf einem Kolloquium beider Seiten, das am 20. November 1990 in Gnesen stattfand und das der Vertreibungsproblematik gewidmet war, kam es zu deutlichen Meinungsverschiedenheiten. Die deutsche Bischofskonferenz sah

sich danach veranlaßt, beim Regensburger Völkerrechtler Prof. *Otto Kimminich* ein umfangreiches Rechtsgutachten in Auftrag zu geben, in dem dieser zu dem Schluß kommt, die Alliierten hätten im Potsdamer Abkommen die Vertreibung der Deutschen nicht angeordnet, das Vertreibungsverbot sei auch schon vor 1945 Bestandteil des Völkerrechts gewesen und den Vertriebenen und ihren Nachkommen stehe das «Recht auf Heimat» ebenso zu wie der heute dort wohnenden polnischen Bevölkerung. Eine Lösung des Problems sieht der Professor in der Integration Europas, freilich nur unter der Bedingung, daß das «Unrecht der Vertreibung als solches anerkannt wird.»⁴

Auf diesem Hintergrund verwundert es nicht, daß im Jahr des Millenniums die Thematik der Vertreibung wieder stärker in den Vordergrund deutsch-polnischer Auseinandersetzungen tritt. Auslöser ist der bekannt gewordene Plan des Bundes der Vertriebenen, unweit des Berliner Holocaust-Mahnmals eine den europäischen Vertreibungen gewidmete Gedenkstätte zu errichten. Es handelt sich um ein 160-Millionen-Projekt, das in der Hauptsache von der Bundesregierung und den Bundesländern finanziert werden soll. Gedacht ist an ein die europäische Tragödie der Vertreibungen im 20. Jahrhundert dokumentierendes Museum, eine wissenschaftliche Forschungsstätte und einen Gedenkraum zum stillen Verweilen; insgesamt eine Fläche von immerhin 11 000 Quadratmetern.

Wojciech Pięciak, Deutschlandexperte der Krakauer Wochenzeitung «*Tygodnik Powszechny*», sieht in diesem Plan den Versuch, das im Holocaust-Mahnmal symbolisierte nationale Täterbewußtsein durch ein nationales Opferbewußtsein zu ergänzen.⁵

Eine solche Konzeption dürfte einen neuen «Historikerstreit» auslösen und zu einer Belastung des deutsch-polnischen Verhältnisses führen. Schließlich haben auch Millionen von Polen das Los der Vertreibung teilen müssen, und zwar nicht nur aufgrund der sogenannten «Repatriierung» aus den von der UdSSR annektierten polnischen Ostgebieten, sondern gleichfalls bald nach dem «Septemberfeldzug», als Hunderttausende aus den ins Reich integrierten Gebieten brutal enteignet und ausgewiesen wurden. Angesichts solcher Verflechtungen der Vertreibungsproblematik kann man wohl kaum die Errichtung der geplanten Gedenkstätte dem Bund der Vertriebenen allein überlassen. Sie bedarf vielmehr, sollte der Plan tatsächlich realisiert werden, der vorherigen Klärung einiger noch offener Grundfragen sowie der Abstimmung mit den Nachbarstaaten Polen und Tschechien.

Aufnahme Polens in die Europäische Union

Von besonderer Aktualität in diesem Millenniumsjahr ist die europäische Dimension der Gnesener Begegnung zwischen Otto III. und Boleslaus dem Tapferen. Im Gnesener Akt wird das Modell einer europäischen Einheit deutlich, in deren Rahmen Polen ein eigener Platz gebührt. Zum polnischen Millenniumsbewußtsein gehört somit auch die tiefe Überzeugung, kein Neuling auf dem europäischen Parkett zu sein, sondern seit einem Jahrtausend zur europäischen Völkerfamilie hinzuzugehören. Dies zu verdeutlichen, war im übrigen der Sinn der bereits erwähnten deutsch-polnischen Regierungskonsultation im Rahmen der Gnesener Jubiläumsfeierlichkeiten, der sich – verbunden mit einer Festveranstaltung des polnischen Parlaments – ein Treffen der Regierungschefs der Bundesrepublik, Polens, der Slowakei, Tschechiens und Ungarns anschloß. Von der gleichen symbolhaften Bedeutung war das Gnesener Treffen von fünf mitteleuropäischen Präsidenten am 12. März dieses Jahres und ihre Teilnahme an einem ökumenischen Gottesdienst.

Diese symbolhaften Gesten unterstreichen, daß Polen zusammen mit den übrigen postsozialistischen Staaten Mitteleuropas

am europäischen Einigungsprozeß teilhat und seine baldige Aufnahme in die Europäische Union erwartet. Dabei ist man sich durchaus bewußt, daß die Rückerinnerung an die *christianitas* Ottos III. zwar eine Grundorientierung erlaubt, doch allein nicht ausreicht, den gegenwärtigen Herausforderungen einer Gestaltwerdung Europas gerecht zu werden. Heute wird es vielmehr – wie der deutsche Bundespräsident *Johannes Rau* in Gnesen betonte – darum gehen müssen, eine Konzeption für die Einheit der Gemeinschaft zu suchen, die auf dem Dialog verschiedener Kulturen und Religionen unseres Kontinents beruht. Sicherlich wird uns das Spannungsverhältnis zwischen der Schaffung eines auf Grundwerten basierenden europäischen Bewußtseins und den ökonomischen und politischen Realitäten noch lange Zeit beschäftigen. In Polen hat man nach der Wende jahrelang dieses Spannungsverhältnis unterschätzt und die Illusion einer baldigen Aufnahme in die Europäische Union gehegt, deren Osterweiterung ja vor allem Polen durch den Sturz der kommunistischen Herrschaft entscheidend mitemöglicht hat. Doch Dank zählt in der Politik wenig. So konnte, wie ursprünglich gehofft, Polen sein Millennium 2000 nicht mit seiner Aufnahme in die EU krönen.

Als neuer Termin ist das Jahr 2003 im Gespräch, an dem die polnische Regierung unbedingt festhalten möchte und den EU-Kommissar *Verheugen* bei seinen jüngsten Warschaugesprächen als ein zwar ehrgeiziges, aber realistisches Ziel bezeichnete, wobei allerdings aus seiner engeren Umgebung durchsickerte, daß Polen zu diesem Zeitpunkt wohl kaum schon aufnahmefähig sei. Aber – so läßt sich fragen – sind die Mitgliedsstaaten der EU ihrerseits bereit, Polen 2003 in ihren Kreis aufzunehmen? Polen ist immerhin das größte der Aufnahmeländer der ersten Reihe und würde den EU-Haushalt um vieles mehr belasten als die Aufnahme der kleineren Länder, etwa Estlands oder Sloweniens. So dürfte für die folgenden Jahre noch mit manchen Irritationen und politischen Spielchen zu rechnen sein, derweil in Polens Bevölkerung der einst hohe Grad an Zustimmung zur EU-Aufnahme möglicherweise weiter sinken wird und den Ausgang des vorgesehenen Referendums zur Aufnahme des Landes in die EU sehr unsicher machen könnte.

Wohl Zeitpunkt und Modalitäten, nicht aber der politische Wille zur Osterweiterung der Europäischen Union stehen zur Debatte. Dieser wird von allen Mitgliedsstaaten mitgetragen. Schließlich belegen alle Analysen, daß die Osterweiterung mittelfristig für die alten wie für die neuen EU-Staaten enorme politische und ökonomische Vorteile bringt. Die auf dem Berliner Gipfel beschlossenen Rahmenbedingungen für den EU-Haushalt der Jahre 2002–2006 weisen denn auch in Richtung auf die Osterweiterung, auch wenn das Finanzvolumen ohne eine Agrar- und Strukturreform der Union für eine Aufnahme der Kandidaten der ersten Reihe im Jahr 2003 noch nicht ausreicht. Eine solche, im Grunde als notwendig erkannte Reform geht aber vor allem zu Lasten der westeuropäischen Landwirte, die, wie man aus Erfahrung weiß, ihren bislang von der EU garantierten Besitzstand sehr wirksam zu verteidigen wissen. Eine deutliche Senkung der künstlich hoch gehaltenen Agrarpreise und der direkten Einkommenshilfen ist daher innerhalb der Europäischen Union aus Sorge vor innenpolitischen Destabilisierungen einzelner Länder wie Frankreich und Spanien schwer durchsetzbar. Doch vor noch schwierigeren Umgestaltungen stehen die Reformländer. Um ihr Ausmaß und die damit verbundenen sozialen Belastungen zu ermessen, braucht man sich nur die Vergleichszahlen der in der Landwirtschaft Beschäftigten in der EU und in Polen vor Augen zu halten; sie liegen im Durchschnitt der EU bei lediglich 5 Prozent, in Polen dagegen bei gut 20 Prozent.

Um hier nach Lösungen zu suchen, fand am 7./8. Juni dieses Jahres in Warschau eine Konferenz statt, an welcher der für die Landwirtschaft zuständige EU-Kommissar *Franz Fischler*, der polnische Landwirtschaftsminister *Artur Balasz* sowie Polens Chefunterhändler in Brüssel, *Jan Kulakowski*, teilnahmen. Wie stark man bei der Umstrukturierung der polnischen Landwirt-

⁴ «Vertreibung: Recht gegen Recht, Unrecht gegen Unrecht?» Mit einem Vorwort des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz Karl Lehmann. Schriftenreihe der Apostolischen Visiatur Breslau, Münster o.J., S. 92.

⁵ *Wojciech Pięciak*, *Centrum niezgody? (Zentrum ohne Verständigung?)*, *Tygodnik Powszechny* Nr. 32 v. 6. August 2000, S. 5.

schaft mit der Unterstützung durch die Kirche rechnet und wie sehr diese sich selbst durch diesen Prozeß betroffen weiß, belegt die Präsenz des Primas sowie des für die polnische Landseelsorge zuständigen Prälaten auf dieser Konferenz. EU-Kommissar Fischler ließ keinen Zweifel daran, daß die fälligen Reformen der polnischen Landwirtschaft wie der ländlichen Regionen insgesamt zu beträchtlichen sozialen Spannungen führen werden, die ein besonderes Engagement der Kirche erfordern, um diese nach Möglichkeit zu mildern. Er ließ zudem durchblicken, daß die sozialen Kosten dieses Prozesses durch eine längere Vorbereitungszeit für die Aufnahme in die EU deutlich verringert werden können, womit er indirekt den von Polen fest anvisierten Aufnahmetermin im Jahr 2003 in Frage stellte.

Zu den Problemen in der Landwirtschaft kommen noch die Umstrukturierungen und Privatisierungen in der Schwerindustrie und im Bergbau. So rechnet man allein für den industriellen Sektor für die nächsten fünf Jahre mit einer «Freisetzung» von jährlich 100 000 Arbeitskräften, die kaum durch das prognostizierte Wirtschaftswachstum anderweitig aufgefangen werden können. Die Perspektive einer Aufnahme Polens in die EU verbindet sich somit mit einer wachsenden Arbeitslosenquote, die im Landesdurchschnitt bei großen regionalen Unterschieden bereits jetzt schon rund 10 Prozent beträgt. Die sozialen und politischen Folgen dieser Entwicklung sind schwer abschätzbar.

Das Spannungsverhältnis der mit dem Millennium verbundenen Vision eines geeinten Europas zu den politischen, ökonomischen und sozialen Realitäten gilt auch für Gnesen selbst. Mit einer Arbeitslosenquote von 15 Prozent liegt die Stadt weit über dem Landesdurchschnitt, und die Einwohner sind nicht nur auf die geschichtliche Bedeutung ihrer Stadt stolz, sie tragen auch schwer an ihren Alltagssorgen. Doch auch die von Otto III. angestrebte Erneuerung des römischen Kaisertums im Sinne einer *christianitas* erscheint nicht nur in leuchtenden Farben. Zu ihr gab es bekanntlich reichlich Widerspruch. So befürchteten die deutschen Fürsten eine Verlagerung des politischen Schwerpunkts nach Rom auf Kosten der Interessen des deutschen Königtums, und in Rom selbst kam es gegen Otto zu Aufständen, so daß er ein Jahr vor seinem Tod die Stadt verlassen mußte. Auch Boleslaus der Tapfere war nicht nur von Glanz umgeben, sondern in manche Intrigen und kriegerische Unternehmungen verwickelt. Diese Negativa sollen die Bedeutung des Akts von Gnesen nicht in den Schatten stellen, können aber wohl im Millenniumsjahr ein wenig nachdenklicher machen und dazu verhelfen, die Vision eines geeinten Europas mit der nüchternen Einschätzung der Realitäten zu verbinden. Nicht nur Polen, Europa insgesamt wird zu Beginn des dritten Jahrtausends beides benötigen: Vision und Realitätsbewußtsein.

Theo Mechtenberg, Bad Oeynhausen

NORMALISIERUNG IN ALGERIEN?

Interview mit dem algerischen Filmemacher Abderrahman Bouguerrouh

Die Suche nach ausländischen Investoren zur Sanierung der maroden Wirtschaft prägt seit Monaten Algeriens außenpolitische Aktivitäten. In internationalen Wirtschaftskreisen liest man mit Interesse Berichte über das nordafrikanische Land, die eine stetige Normalisierung und eine allmähliche Verbesserung der Menschenrechtslage vermelden. Hingegen warnen Oppositionelle vor voreiligem Optimismus, denn die Versöhnungskampagne des Präsidenten sei gescheitert und von Demokratisierung als Grundlage einer Befriedung Algeriens könne keine Rede sein. Dabei hatte Staatspräsident *Abdelaziz Bouteflika* bei seinem Amtsantritt im April 1999 große Hoffnungen geweckt und angekündigt, er wolle mit den Tabus der algerischen Gesellschaft brechen.

Eines der strengsten Tabuthemen seit der Unabhängigkeit im Jahre 1962 ist das Problem der Berber oder «Imazighen» (was soviel bedeutet wie «freie Menschen»). Obwohl diese mehr als die Hälfte der algerischen Bevölkerung bilden, wird ihre Sprache und Kultur seitens der arabischsprachigen Machthaber unterdrückt. Und darüber will der Staatschef offensichtlich nicht mit sich reden lassen. Der algerische Filmemacher Abderrahman Bouguerrouh, derzeit im Exil in Deutschland, spricht über die Schwierigkeiten und die Tragik der Berber und darüber, daß die engagierten Frauen und Männer in seinem Heimatland sich stets gegen zwei Fronten zur Wehr setzen müssen, was im Ausland vielfach «übersehen» wird.

Orientierung (O): Aus Sicherheitsgründen haben Sie Ihr Land verlassen müssen. Wie beurteilen Sie die Sicherheitslage heute? Und wie sieht die Stimmung in der algerischen Bevölkerung aus? Ende Juli gingen Berichte über sozial bedingte blutige Proteste durch die Presse.

Abderrahman Bouguerrouh (B): Nun, Präsident Bouteflika kann nichts Neues bringen, weil wir uns immer noch unter einem Militärregime befinden, auch wenn dieses Regime hinter den Kulissen agiert. Jedenfalls gehört Bouteflika in die Reihe jener Regierungen eines Ben Bella und Boumedienne, die uns in die Katastrophe geführt haben, welche sich mit Präsident Chadli dann bestätigt hat. Wie soll so ein Mann, der am großen Unglück Algeriens beteiligt gewesen ist, das Land da herausführen können? Das hier ist nur eine Fassade, eine provisorische Fassa-

de, weil man wußte, daß Algerien auf eine Deklassierung gegenüber der Welt zusteuerte und daß jene, die die Fäden im Hintergrund ziehen, irgendwie einen Mann aus dem Hut ziehen mußten, der Politikerkreisen in aller Welt Vertrauen einflößt, d.h. Amerika, Europa, dem IWF usw. Ich persönlich bin absolut davon überzeugt, daß Algerien um kein Jota vorangekommen ist – ganz gleich, was unsere Medien und die ausländischen Medien erzählen.

Ich war kürzlich selbst in Algerien und kann zur Sicherheitslage nur sagen: Selbst wenn nicht mehr das passiert, was in den Jahren zwischen 1991 und 1998 geschah, ist das Volk trotzdem verängstigt und Terrorakte verbreiten weiterhin Angst und Schrecken. Aber da ist noch etwas anderes. Es kann nämlich sein, daß von einem Tag auf den anderen eine soziale Revolution ausbricht. Algerien macht derzeit sehr schmerzliche Zeiten durch. Man vertuscht daher mit den Ereignissen unsere soziale Situation, die um vieles schrecklicher ist. Algerien hat Hunger, Algerien ist im Elend, und das weiß nicht jeder. Wenn ein Volk hungrig ist, vor allem ein würdevolles Volk wie das der Algerier, dann kann etwas weitaus Schlimmeres passieren als das, was im Moment passiert.

O: Vom Ausland aus gesehen könnte man den Eindruck einer relativen Normalisierung in Algerien gewinnen. Amnesty international war auf Einladung Bouteflikas im Lande und kommt zu dem Ergebnis, die Lage habe sich verbessert. Ausländische Unternehmen planen Niederlassungen und Investitionen in Algerien. Allein die chemisch-pharmazeutische Industrie konnte zehn ausländische Investoren anziehen – darunter als wichtigster die deutsche Firma Henkel. Eine Börse wurde eröffnet, die Europäische Union unterstützt Algerien mit einem Förderprogramm usw. Entspricht diesem Aufschwung in Wirtschaft und Handel Ihrer Meinung nach eine politische Öffnung des Landes in Richtung Demokratisierung?

B: Die Situation in Algerien ist äußerst bedauerlich, und es mag hier natürlich den Willen geben, die Wirtschaft durch ausländische Investoren wieder in Gang zu setzen. Aber die investieren ja nur auf dem Papier! Ich habe noch nicht gesehen, daß sich ein einziges europäisches Unternehmen niedergelassen hat. So etwas existiert nur als Projekt, und solche Projekte hängen immer

direkt mit der Sicherheitslage in Algerien zusammen. Aber Bouteflika hat den Terrorismus nicht ausgemerzt. Ich war dort zur Feier des Aïd, dem Fest der Vergebung, ein moslemisches Fest wohlgemerkt: Den Einwohnern eines ganzen Dorfes ist die Kehle durchgeschnitten worden, und überall kommt es immer wieder zu Terrorakten. Auf welche Sicherheit kann Bouteflika sich denn berufen, um den Investoren sagen zu können: Kommt euer Geld in Algerien anlegen! Dafür müßte er zuerst vollständig den Terrorismus ausmerzen und dafür sorgen, daß seine Demokratie sichtbar, deutlich und spürbar ist. Das aber ist nicht der Fall.

O: Wie ergeht es den Demokraten in Algerien, die es ja gibt, auch wenn man in der Presse hierzulande wenig von ihnen lesen kann?

B: Hören Sie, wie soll man einem Mann trauen, der seinen Präsidentschaftswahlkampf macht, in die Kabylei geht und sagt «Tamazight (Masirisch) – niemals» (wobei er ganz genau weiß, was die Kabylei fordert)! Wie sollen die Demokraten sich sagen können: Hier ist jemand, der uns erlaubt, unsere Stimme zu erheben? Die ausländischen Investoren werden sich nur dann sicher fühlen können, sie werden nur dann ihr Geld anlegen, wenn ein Volk sie dazu auffordert und wenn sie ein Volk zum Arbeiten einstellen können bzw. ihre Produkte dem Volk auch verkaufen können. Das aber ist derzeit nicht der Fall. Alles steht nur auf dem Papier – in der Hoffnung, daß Herr Bouteflika die Dinge schon hinbekommt – und das, ich wiederhole, wird ein Mann, der Algerien in die jetzige Katastrophe hineingetrieben hat, nicht schaffen.

O: Anfang Mai wurde der Internationale Tag der Pressefreiheit begangen. Zeitgleich gingen die Bilder des tunesischen Journalisten *Ben Brik* im Hungerstreik um die Welt. Wie ergeht es heute den algerischen Journalisten?

B: Wissen Sie, die Journalisten haben einen Reflex, den sie sich in 30 Jahren der Knüppelherrschaft angeeignet haben: Sie üben von vornherein Selbstzensur. Sie legen nur das vor, was auch wirklich genommen wird und was ihnen keine Haftstrafe einbringt. Was ich Ihnen hier erzähle, hätte mich in Algerien ins Gefängnis gebracht oder noch schlimmere Folgen gehabt. Algerische Journalisten haben bis heute nicht das Recht, ihre Ideen frei und deutlich auszudrücken. Sie üben immer Selbstzensur.

O: Die algerischen Frauen hat der Terror in den letzten Jahren besonders hart getroffen. Sie hatten unter den Grausamkeiten der selbsternannten Gotteskrieger oft unvorstellbare Leiden zu ertragen. Staatlicherseits ist das Familiengesetz aus dem Jahr 1984, das ihnen fundamentale Menschenrechte streitig macht, in der Verfassungsreform 1998 nicht korrigiert worden. Hört man noch etwas von den Forderungen der Frauenbewegung, die sich früher zahlreich und resolut Gehör verschaffte?

B: Einmal traf ich in einem Café einen Mann am Nebentisch, der sagte: «In Algerien gibt es einen einzigen Mann – und zwar die Frau.» Die Frau hat sich bei uns nicht nur für ihre eigenen Forderungen eingesetzt, sondern für ganz Algerien, für die Demokratie. Die algerische Frau ist bewundernswert, das muß immer wieder gesagt werden. Natürlich werden die Frauen dieses Familiengesetz nie akzeptieren, egal, was die Nationalversammlung verabschiedet. Die Frauen haben sich innerlich befreit, und das ist bemerkenswert! Es ist richtig, daß das Familiengesetz im Text der Nationalversammlung nicht verändert worden ist. Aber im täglichen Leben hat die Frau sich bereits ihre Freiheiten genommen. Und sollte man ihr jemals das Tragen des Kopftuchs oder den Verzicht auf die Emanzipation vorschreiben oder aber sie unter den «Schutz» dieser oder jener Person stellen, sollte sie nicht das Recht auf Scheidung bekommen, dann würde sie auf die Straße gehen! Zur Zeit sind die Frauen unsere einzige Hoffnung – zum Glück! Denn sie übernehmen ihre Verantwortung viel besser als der Mann. Ich versichere Ihnen, in die algerische Frau kann man sein Vertrauen setzen. Sie wird so nicht mit sich umspringen lassen.

O: Wie beurteilen Sie die Arbeit der Liga für die Menschenrechte unter der Leitung von *Ali Yahia*?

B: Ich sage ganz ehrlich: Ich werde bei Problemen nicht gern persönlich. Aber *Ali Yahia* ist viel zu spät gekommen. Wir ha-

ben mit *Saïd Saadi* die Liga für die Menschenrechte gegründet, lange bevor er dazustieß. Wir alle haben dafür im Gefängnis gesessen, und *Ali Yahia* hat die Sache an sich gerissen. Wir waren es, die ihn an die Spitze der Liga für die Menschenrechte gesetzt haben. Und heute vereinnahmt er sie für eine Partei, statt sie bei allem einzusetzen, was in Algerien passiert. Ich sage das ungern, aber dieser Herr hat nicht das Recht, im Namen der Algerier für die Liga für die Menschenrechte zu sprechen.

O: Unzählige Intellektuelle haben wie Sie wegen der Gewalt und des unerträglichen Drucks Algerien verlassen müssen, weil ein Arbeiten unmöglich war und ihr Leben bedroht wurde. Halten Sie eine Rückkehr all dieser Künstler, Schriftsteller, Filmemacher in einer nahen Zukunft für möglich?

B: Mit dem Begriff «Intellektueller» kann ich nichts anfangen. Sprechen wir besser von den Kreativen, von jenen, die für das Land tun, was sie tun können. Wir sind in der Tat Zielscheibe, denn wenn man aufrichtig ist, fährt man fort, sich zu äußern – und das ist in Algerien unter den gegebenen Bedingungen sowohl seitens der Regierung als auch seitens der Terroristen ein Ding der Unmöglichkeit. Künstler, Schriftsteller, das heißt alle, die produktiv sind, damit Algerien eines Tages so schön wird, wie wir es uns seit Jahren erträumen, sind nach wie vor Zielscheibe, wenn sie offen sprechen und ihre Vorstellungen zum Ausdruck bringen. Und sie tun nicht gut daran, in das Land zurückzukehren. Selbst wenn sie zurückgehen, selbst wenn man ihnen nichts antut, werden sie gezwungen sein zu schweigen, und das wird ein inneres Exil sein, und es ist ja noch viel schlimmer, wenn man nicht sprechen kann.

O: Der Begründer der vornehmlich kabyllischen Berber-Partei RCD, *Saïd Saadi*, hat gesagt: «Es wird weder ein vollständig berberisches noch ein vollständig arabisches Algerien geben... Wir müssen uns unsere Geschichte wieder zu eigen machen.» Die verlorene Identität dieses Landes, das sukzessive u.a. von den Römern, Türken, Franzosen besetzt gehalten wurde, ist der Hauptgrund für die tragische Situation heute. Die durchgreifende Arabisierung und Islamisierung nach der Unabhängigkeit ist für diesen Identitätsverlust zumindest mitverantwortlich. Sehen Sie mittelfristig eine Chance für ein pluralistisches Algerien?

B: In dieser Hinsicht schließe ich mich *Saïd Saadi* vollkommen an. Er ist ein Freund von mir, und wir haben lange darüber diskutiert. In jedem Fall ist sich *Saïd Saadi* einer Sache sicher: Es wird niemals ein Algerien ohne das Berberische, ohne Tamazight geben. Im übrigen ist es ja diese Bewegung, die ihn dorthin gebracht hat, wo er jetzt steht; das weiß er genau. Nun zu Ihrer Frage, ob Algerien pluralistisch sein wird: Das ist ganz klar, denn man kann nicht alle ins Abseits stellen. So viele Zivilisationen sind durch Algerien gezogen, selbst in unserer Berberwelt wurden wir von der einen oder anderen Vorstellung jener Zivilisationen beeinflußt, das kann man nicht so einfach von einem Tag auf den anderen abstreiten, andernfalls würden wir ja selbst so etwas wie berberischen Integrität betreiben. Aber dafür müßte es auch auf der anderen Seite Verständnis geben. Und genau darum geht es *Saadi* in seinem politischen Kampf. Aber wir als Kunstschaffende usw., wir arbeiten für uns selbst und immer auch, wenn möglich, für ein pluralistisches Algerien. Wenn das nun aber nicht möglich sein sollte, so ist ganz klar, daß es auf einen Föderalismus hinausläuft – ein Begriff, der der algerischen Regierung Angst einflößt. Entweder man verständigt sich auf einen Pluralismus, wie *Saadi* sagt, oder man stellt die Bemühungen ein und kommt dann zu einem Föderalismus. Es gäbe dann ein Algerien der Regionen, statt daß man sich gegenseitig umbringt – so etwas gibt es ja auch anderswo auf der Welt. Wir brauchen allerdings die nötige politische Kultur und Kraft, um sagen zu können: So ist es und nicht anders.

O: Der sogenannte Kabyllische Frühling wurde dieses Jahr zum 20. Mal begangen. Mehr als hunderttausend Menschen sind in der kabyllischen Hauptstadt Tizi-Ouzou auf die Straße gegangen; in aller Welt wurden Gedenkfeiern für die Opfer der blutigen Unruhen im April 1980 organisiert. Glauben Sie, daß mit der Aufnahme von zwei RCD-Mitgliedern ins neue Kabinett die

Berber mehr Chancen haben, ihre Forderungen berücksichtigt und verwirklicht zu sehen?

B: Nein, das glaube ich nicht, denn wenn ein Präsident hingeht und sagt: «Berberisch – niemals!» so sehe ich nicht, was zwei Alibi-Minister da ausrichten können. Saadi ist der Ansicht, man dürfe die Sitze nicht leer stehen lassen, man müsse unsere Forderungen zu Gehör bringen. Nun, das ist seine Politik, aber ich finde, die leeren Sitze hätten viel mehr ausgesagt als eine Beteiligung an der Regierung. Jedenfalls ist das meine Meinung. Zwei Mitglieder im Kabinett – das ist die eine Schwalbe, die noch keinen berberischen Frühling ausmacht. Wir müssen weitermachen. Ich sage immer wieder, daß wir noch weit davon entfernt sind, unser Ziel erreicht zu haben. Im Gegenteil: Diese Methode, uns einen Knochen vorzuwerfen, an dem wir nagen dürfen, verzögert den berberischen Kampf enorm. Denn man hat sich gesagt: Wir haben es geschafft, wir sind im Kabinett vertreten, die Algerier erkennen uns an, die Regierung erkennt uns an.

Als diese Sonderbehörde bei der Regierung unter dem Namen «Politisches Hochkommissariat für das Masirische» eingerichtet wurde, war dies nur eine Instanz innerhalb der sogenannten Demokratie, die man uns allein deswegen zugestanden hat, weil man den berberischen Kampf kontrollieren wollte, der vorher, als er noch im Untergrund stattfand, viel stärker war. Dabei hatten wir nur eine Akademie gefordert, um unsere Sprache zu strukturieren, damit sie die Berbersprache für alle Berberländer der Welt würde. Eine Akademie brauchten wir, kein Hochkommissariat für den schönen Schein. Früher ließ man bei einer Galavorstellung einen Kabylen auftreten, heute zwei – damit bringt man das Problem nicht voran. Man erlaubt die Unterrichtung der berberischen Sprache in den Schulen, jedoch im Anschluß an den regulären Unterricht. Ein Kind geht also von acht Uhr morgens bis zwei, drei Uhr nachmittags zur Schule, danach sagt man ihm: «Hör mal, von vier bis sechs gibt es Berberisch, das ist freiwillig, wer kommen will, der kommt, wer nicht kommen will, der kann nach Hause gehen.» Verstehen Sie? Versetzen Sie sich in die Lage des Kindes, das hat schon so genug von der Schule. Nein, so geht es nicht! Was wir brauchen, ist eine Akademie und eine offizielle Anerkennung der berberischen Sprache. Selbst wenn das nur innerhalb bestimmter Regionen geschieht, aber offiziell anerkannt muß sie sein. Ein pädagogisches Institut müßte geschaffen werden. Nichts von alledem gibt es. Hier herrscht reine Willkür – es ist ganz in das Ermessen des Direktors jeder Schule gestellt. Das nenne ich nicht Fortschritt im Kampf für das Masirische. Und davon spricht niemand in Parlament und Regierung.

O: Ist es den beiden Berber-Parteien, dem FFS und dem RCD gelungen, ihre alten Rivalitäten beizulegen? Ziehen Sie jetzt an einem Strang, so daß sie sich solidarisch für die Sache der Berber einsetzen, statt sich gegenseitig zu blockieren?

B: In jedem Fall ist es notwendig, daß sowohl der FFS als auch der RCD sich ein für alle Mal darüber klarwerden, daß wir Berber in Algerien nicht anerkannt sind! Und daß sie sich endlich zusammenschließen müßten, um den Kampf fortzusetzen, selbst wenn das im Untergrund geschieht. Es gibt immer diesen Größenwahn, Repräsentant einer Bewegung, einer Nation zu sein, und jeder reißt sich darum, derjenige zu sein, der es geschafft hat, etwas zu bewirken. Doch das macht das Volk nicht mit.

Seit jeher sind wir in der Kabylei Demokraten gewesen. Marx hat gesagt, er habe lange nach der Demokratie gesucht, er habe versucht, der Welt verständlich zu machen, was Demokratie sei, dann sei er in ein kleines Land mit dem Namen Kabylei gekommen und habe sie gefunden, habe sie in vollkommener Ausprägung gefunden. Wir sind also ein demokratisches Land. Und daß es zwei, drei Parteien gibt – o.k. Aber wir müßten zunächst einmal überhaupt als Nation anerkannt werden! Das aber ist nicht der Fall, wir sind lediglich ein kleines Volk im Schleppnetz, das sich gegen die Zustände sträubt. Solange also das ernste Problem unserer Identität nicht gelöst ist, sowohl innerhalb Algeriens als auch in der Welt, finde ich es wirklich bedauerlich, daß zwei Parteien im Rahmen ein und derselben Forderung gegeneinander arbeiten.

Abderrahman Bouguerrouh wurde am 25. Februar 1936 im Departement Bejaia geboren. Neunjährig erlebt er die blutigen Auseinandersetzungen mit der Kolonialmacht Frankreich in Sétif. Nach dem Gymnasialabschluß studiert er Filmwesen in Paris, wo er zunächst als Regisseur bei der RTF tätig ist. Nach der Unabhängigkeit Algeriens ist er an der Gründung des algerischen Nationalen Filmzentrums beteiligt, wird aber wegen pro-berberischer Positionen bald entlassen. Seine Weigerung, Filme in arabischer Sprache zu drehen, führt zum Boykott seiner Arbeiten und zur geheimdienstlichen Überwachung. Mit Hilfe von Freunden gelingt es ihm, zunächst eine archäologische Filmreihe zu realisieren, dann den preisgekrönten Film «La grive» fertigzustellen. Die Repressalien der Behörden verschärfen sich nach diesem Erfolg, es ergeht ein generelles Arbeitsverbot in allen audiovisuellen und Printmedien, Filmmaterial verschwindet in «Archiven». Sein substantieller Beitrag zur Entstehung des legendären Films «Les années de brasse» von Lakhdar Hamina ist weitgehend unbekannt.

Die Erhebung der Berber im so genannten «Kabylischen Frühling» 1980 lenkt die Aufmerksamkeit eines Teils der internationalen Öffentlichkeit auf die Lage der Berber im Maghreb. Im Rahmen einer kurzzeitigen Lockerung der Zensurbestimmungen erhält Bouguerrouh im dritten Anlauf die Drehgenehmigung für «La colline oubliée», doch bis der Film 1997 in seiner endgültigen Fassung im Ausland gezeigt werden kann, muß der Regisseur einen jahrelangen Kampf mit den algerischen Behörden ausfechten. Er überlebt drei Attentatsversuche. Seit 1998 befindet sich Bouguerrouh im Exil in Deutschland und arbeitet derzeit an einem autobiographischen Roman.

Auswahl-Filmographie:

Ghardaia (1967); Le Souf (1967); La grive (1967); Jeux universitaires maghrébins (1968); Comme une âme (1968); Tombeau des rois (1974); Tagdempt (1974); Les Djeddars (1974); La mosaïque antique (1975); Pépinière pour demain (1976); La route de bonne espérance (1976); Kahla ou beïda (1979); Cri de pierre (1987); La colline oubliée (1994), (Auslandsfassung 1997).

O: Im deutschsprachigen Raum sind die Berber zuerst und vor allem durch den Orientalismus, Reiseberichte wie die der *Isabelle Eberhardt* oder die Forschungen eines *Leo Frobenius* bekanntgeworden. Man hat also die Berber zum Objekt der Ethnologie und der Linguistik genommen und dabei die soziale Wirklichkeit dieses Volkes völlig ignoriert. Diese Tendenz wurde mit einem modernen Folklore-Tourismus fortgesetzt, der sich an den Reiterspielen Marokkos oder der kabylischen Töpferei erfreut. Man weiß hierzulande fast nichts über die heutigen Lebensumstände der Berber. Wer sind eigentlich die Berber im Maghreb und speziell in Algerien, und welches Gewicht stellen sie demographisch dar?

B: Es ist wahr: Man hat sich nie um die Seele eines Landes geschert. Und die ist im Maghreb durch und durch berberisch. Auch wenn es heute Arabischsprachige gibt – Tatsache ist, daß in Nordafrika und darüber hinaus auch in einigen afrikanischen Ländern, vor allem aber im Grand Sud der Berber der wahre Einheimische ist mit all seinen Traditionen. Aber die Schriftsteller, Maler, sogar Musiker wie Saint-Saëns oder Verdi mit seiner *Aida* haben immer das Arabisch-Islamische mit der berberischen Entität verwechselt und vermischt. Unser ganzer Kampf richtet sich eben darauf, eine Identität aus einer Zivilisation herauszulösen. Wir hatten früher einmal unsere eigene Kultur, andere sind gekommen mit ihrem jeweiligen religiösen oder kulturellen Beitrag. Wir haben also aufgenommen, was wir aufnehmen mußten, die Berber haben sich islamisiert – vielleicht entsprach das auch ihrer Mentalität am Besten, das mag sein,

aber selbst das ist umstritten und es würde mich wundern. In jedem Fall haben die westlichen Länder Algerien nie als ein berberisches Land, sondern immer als ein arabisch-islamisches Land betrachtet. Algerien bedeutete für sie Minarette, Gebete in der Sandwüste, Nomaden in der Sahara usw. Nie sind sie auf die Idee gekommen, daß es zum Beispiel auch schneebedeckte Berge gibt in Algerien. Das sind so Klischees, die entstanden sind und durch Maler und Schriftsteller über zwei oder drei Jahrhunderte hinweg sich in den Köpfen festsetzten, vor allem in der Vorstellung des Westens.

In Wirklichkeit ist ganz Algerien, ganz Marokko berberisch. Es ist berberisch, auch wenn es arabisiert wurde. Gut, es gibt in Marokko tatsächlich viel mehr Menschen, die Berberisch sprechen, man müßte das im Einzelnen nachprüfen, aber in allen Regionen Algeriens gibt es die Trennung zwischen einerseits der Sprache der Öffentlichkeit und andererseits der Sprache bei den Leuten daheim, und da sprechen fast alle Berberisch.

O: Es wird für Algerien meist ein berberischer Bevölkerungsanteil von etwa 30 Prozent genannt. Stimmt diese Zahl nicht?

B: Nein, die stimmt nicht. Wenn man lediglich von 30 Prozent sprechen wollte in Algerien, das 29 Millionen Einwohner hat, da könnte allein die Kabylei schon 10 Millionen beisteuern. Und was ist mit den Chaoui, was ist mit den Mozabiten, was ist mit den Menschen im Süden Algeriens, was ist mit den Bewohnern des Ténès, was ist mit all diesen Menschen? Nein, diese Zahlen stimmen nicht. Sie werden von Sprachwissenschaftlern und Forschern vorgebracht, aber ich wiederhole: Ich bin nicht einverstanden mit dieser Zahl. Wir sind mehr als 60 Prozent, das ist klar. Da verlasse ich mich lieber auf meine eigene Erfahrung: Ich bin viel, sehr viel in Algerien herumgekommen, es gibt in diesem Land nicht eine Region, die ich nicht betreten habe – Berberisch wird überall gesprochen, auch wenn das nur bei den Menschen zu Hause geschieht.

O: Wenn die Bevölkerung, wie Sie sagen, mehrheitlich berberisch ist, so stellt sich die Frage nach der politischen Vertretung anders, als wenn es sich um eine Minderheit handelte. Muß man davon ausgehen, daß in der jüngeren Geschichte Algeriens Berber die Forderungen der Berber verraten haben?

B: Sie haben vollkommen recht. Gut, da ist die Macht, und wenn man da hineinkommt, wenn man ein Abgeordneten- oder ein Ministeramt erhält, bedeutet das für manche eine Versuchung. Und noch eins muß unbedingt gesagt werden: Neben einigen Regionen in Marokko führen die Kabylen Algeriens letztlich den Kampf der Berber an, die anderen tun nichts. Wir stehen in diesem Kampf an vorderster Front, wir haben gelitten, und es hat unheimlich viele Tote gegeben, wir sind die Einzigen, die ihre Stimme erheben. Deswegen bezieht man sich, wenn es um Zahlen geht, immer auf die Kabylei. Jedenfalls wissen wir, daß wir eines Tages so oder so zu einer Identität finden müssen.

O: Der algerische Sprachwissenschaftler *Salem Chaker* schreibt in seinem Buch «Berbères aujourd'hui», daß im Grunde, wenn man von Berberisch oder Masirisch statt von Kabylich spreche, eine Neutralisierung stattfindet aus Angst, als Sezessionist behandelt zu werden. Man verberge sich hinter einem umfassenden Mythos, der es gestatte, eine maghrebische Legitimität zu konstruieren. Chaker appelliert demgegenüber an den Mut einer jeden berberischen Gemeinschaft, sich zu ihrer eigenen Problematik zu bekennen. Der Kampf eines Tuareg habe nichts gemeinsam mit dem Kampf eines Kabylen. Was denken Sie darüber?

B: Chaker ist ein geistiger Erbe von *Mouloud Mammeri*, der im Zentrum der Berberbewegung stand, bevor er unter ungeklärten Umständen ums Leben kam. Die Akademie, für die er zusammen mit Tuaregs, zusammen mit anderen Menschen des Maghreb an der Erstellung eines Wörterbuchs arbeitet, wird von den betroffenen Ländern nicht anerkannt. Ziel seiner Bemühungen ist die Erarbeitung eines gemeinsamen Wortschatzes, denn in der Tat gibt es von einer Berberregion zur anderen – neben politischen und ideologischen Differenzen – erhebliche linguistische Unterschiede, das ist normal. Die Grammatik ist

dieselbe, aber im Wortschatz bestehen erhebliche Unterschiede, so daß es schwer ist, sich untereinander verständlich zu machen. Die Regierung will eine Vereinigung der Berber unter allen Umständen verhindern. Der ganze Kampf zielt darauf ab, alle Berber zu vereinen, damit sie eine universelle Macht darstellen, nicht nur eine Macht innerhalb Algeriens. Ich kenne *Salem Chaker* sehr gut, und ich glaube, er denkt genau so.

O: Die Berbersprache war einmal die einzige Sprache in Nordafrika, heute ist sie zum Minderheitensprache geschrumpft. Die Verarmung und der fortschreitende Verlust der kabylichen Sprache beispielsweise ist ein Befund, den bereits *Mouloud Mammeri* in seinem Roman «Der vergessene Hügel», den Sie verfilmt haben, beklagt. Seither ist ein halbes Jahrhundert vergangen, und mit der Assimilierung im arabisch-islamischen Nationalstaat nach der Unabhängigkeit gilt diese Tatsache um so mehr. Kann man zumindest in der politisch aktivsten berberischen Stammregion, der Kabylei, überhaupt noch von einem lebendigen gesprochenen Kabylich reden?

B: Ich bin davon überzeugt, daß eine Sprache, die über zweitausend Jahre hinweg durch alle Invasionen hindurch der Verständigung der Menschen gedient hat, sich nie verlieren wird. Man braucht sie nur wieder zu beleben und neu zu strukturieren. Übrigens sprechen die jungen Kabylen von heute ein Kabylich, das ich nicht verstehe, weil sie das echte Kabylich sprechen. Denn sie haben die Wörter wieder entdeckt, haben bewußt arabische und französische Ausdrücke durch entsprechende kabyliche Begriffe ersetzt. Das Kabyliche kommt also mit unglaublicher Geschwindigkeit wieder, und ich versichere Ihnen, daß die jungen Männer und Frauen sich Briefe auf Kabylich schreiben, damit ihre Eltern nichts verstehen, falls sie in deren Hände fallen. Das Kabyliche kommt also trotz allem mit Macht zurück. Das ist ja auch immer das Ziel unseres Kampfes gewesen.

O: Außerhalb Ihres Landes sind Sie vor allem als Filmemacher bekannt, der nach dreißigjährigem Ringen trotz ungeheurer Widerstände den ersten Film in Berber-Sprache gedreht hat. Für diesen Film, «Der vergessene Hügel» («La colline oubliée»), wurden Sie mehrfach ausgezeichnet, u.a. im vergangenen Oktober beim Eurofilm-Festival von Blansko. Der Film entstand auf der Grundlage des französischsprachigen Romans von *Mouloud Mammeri*, mit dem zusammen Sie das Drehbuch verfaßten. Welche Bedeutung hat für Sie *Mouloud Mammeri*?

B: Für mich ist das schwer zu sagen. Wir waren einander so in Freundschaft verbunden, wir dachten dasselbe, vielleicht waren wir deswegen Freunde. Es war also vollkommen normal, selbst wenn 20 Jahre Altersunterschied zwischen uns lagen, daß wir sehr gut befreundet waren, uns verstanden und denselben Kampf führten, denselben Schmerz empfanden, weil man uns nicht anerkennt. Natürlich hat es Einflüsse gegeben, er war der Meister, ich der Schüler, er war der Meister, ich die Lektion. Ein anderer Freund von mir, ein großer Dichter, sagte: Ich bin das Ende eines Romans, der beginnt. Ich bin also gewissermaßen das Ende von *Mammeris* Roman, und da ich bald gehen werde und viele Freunde habe, werden diese die Fackel weitertragen. So etwas macht große Freundschaften aus.

Ich habe mir das nicht ausgesucht. Ich würde heute gern das Leben eines zurückgezogenen Hirten führen, ohne all diese Probleme. Das Schicksal hat gewollt, daß ich das bin, was ich nun einmal bin. Genauso wie *Mammeri*, der übrigens ein wunderbarer Sänger war. Viele wissen das nicht. Auch er hätte gern mit seiner Flöte in den Bergen gelebt. Nun das ist Schicksal, man kann das nicht steuern. Und er hätte Verrat begangen, wenn er die Intelligenz, die ihm mitgegeben war, nicht dazu genutzt hätte, um von seinem Land zu sprechen und dem ganzen masirischen Problem Ausdruck zu verleihen. Er hat viel gelitten, denn seine eigenen Brüder, seine eigenen Leute, die ihn heute in den Himmel heben, haben ihm viel Leid angetan, und trotzdem hat er weitergemacht, hat er sich nicht beirren lassen – genausowenig wie ich. Es geht darum, dieses Land aus dem Ghetto zu führen, in das man es gesperrt hat. Wir müssen unsere Kultur, unsere Zivil-

sation wiederfinden, damit jene, die nach uns kommen, sich in ihrer Sprache und mit ihrer ganzen Seele entfalten können.

O: Derzeit leben Sie als Gast der Heinrich-Böll-Stiftung in Deutschland. Die Exilsituation ist für umfangreichere Projekte natürlich äußerst schädlich. Trotzdem möchte ich Sie fragen: Was wird aus Ihrem Filmprojekt über den algerischen Sänger *Matoub Lounès*, der 1998 ermordet wurde – wenige Tage, bevor ein strenges Arabisierungsgesetz in Kraft trat, das er heftig bekämpft hatte?

B: Nun, ich habe meine Arbeit daran eingestellt; ich habe aufgehört, weil es immer eine Vereinnahmung von gewissen Seiten gibt. Ich habe «*La colline oubliée*» gedreht – das ist vereinnahmt worden, heute bin ich nichts in diesem Film. Aber das ist mir nicht so wichtig. Tatsache ist, daß der Film existiert und daß ein wunderbares Volk ihn gesehen hat und sich immer daran erinnern wird. Was *Matoub Lounès* betrifft, da passieren derzeit furchtbare Dinge. Sein Tod ist vereinnahmt worden, und zwar von politischen Parteien, von den Intellektuellen, von der Familie und so fort. Daran beteilige ich mich nicht. Ich warte ab, bis die Gemüter sich beruhigt haben und *Matoub Lounès* wieder zum uneigennütigen Märtyrer des masirischen Kampfes geworden ist. Vielleicht nehme ich dann den Faden wieder auf. Wenn nun jemand unter den derzeitigen Umständen diesen Film vorher drehen will, jemand, der mutiger ist als ich, so soll er das tun.

O: Neben Ihrer Arbeit als Filmemacher sind Sie auch Schriftsteller. Erzählen Sie ein wenig von dem Roman, an dem Sie zur Zeit arbeiten.

B: Hören Sie, ich bin kein Schriftsteller. Ich bin kein Schriftsteller, denn ich habe nie zuvor ein Buch geschrieben. Eines Tages dachte ich mir, all das, was ich erlebt habe, all das, was man mir erzählt hat, könnte es wert sein, schwarz auf weiß festgehalten zu werden. Und nichts anderes tue ich augenblicklich. Ich lege nur Zeugnis ab. Und ich kann das Ganze auch jederzeit wieder an den Nagel hängen... Es ist in der Tat ein Roman, doch manchmal übersteigt die Wirklichkeit die Fiktion, nicht wahr? Die Leute, die dieses Buch lesen werden, werden sagen «Das ist ein Roman». Doch in Wahrheit ist alles gelebte Wirklichkeit, die Wirklichkeit einer Familie während eines Jahrhunderts, mit allem, was Algerien durchgemacht hat, mit der Kolonisierung durch die Franzosen und danach mit dem Problem der Berber usw. Ich habe mir stellvertretend für alle anderen einen Mikrokosmos der Kabylei herausgenommen. Was mir widerfahren ist, ist auch den Menschen im Nachbardorf widerfahren oder in dem Dorf, das 200 Kilometer entfernt liegt. Unsere Geschichten gleichen sich, weil unsere Gesichtskreise eingeengt sind, man hat uns gezwungen, uns zu beschränken. Ich spreche also von alledem: Wir ersticken, wir möchten explodieren, und ich erzähle alles, was man mit uns gemacht hat, und alles, was wir wollen. Es ist nur eine Geschichte. Ich bin kein Schriftsteller – ich erzähle, das ist alles.

O: Vor einigen Jahren wurde ein anderer Algerien-Roman veröffentlicht, der – freilich um 50 Jahre zeitversetzt – ebenfalls 100 Jahre algerischer Geschichte der Kolonisierung erzählt: *Albert Camus' «Der erste Mensch»*. Kann man sagen, daß Ihr Buch eine Art Gegenstück zu Camus' hinterlassener Saga aus der Perspektive des kolonisierten Algerien heraus darstellen könnte?

B: Nein. Ich werde ja nun nicht den Ehrgeiz haben, Camus, den ich bewundere, buchstäblich die Stirn zu bieten. Ich verschweige es Ihnen nicht: Er ist der Einzige, der wirklich von Algerien zu sprechen verstand, von der algerischen Landschaft und den entsprechenden Gefühlen gegenüber einer Geschichte, gegenüber Algerien. Es stimmt, er hat nicht so viel von uns Algeriern gesprochen, weil er sich in jener Welt situierte, die nun einmal seine war. Ich für mein Teil spreche in der Tat von mir im Verhältnis zu ihm, im Verhältnis zu den anderen seiner Rasse, die uns auf bestimmte Weise sahen, und das war nicht immer die Weise, in der wir uns sahen. Als Intellektueller war er von dieser algerischen Atmosphäre geprägt, so daß seine Welt anders war als die seiner Landsleute, die Vergleichbares gegenüber Algerien nie fühlen konnten. Camus hat keinen Orientalismus betrie-

ben, und er ist wahrhaftig, intellektuell und mit allen Sinnen Algerier gewesen – nur politisch, da war er kein Algerier. Das ist alles, was ich ihm vorwerfe, denn ich verstehe nicht und werde nie verstehen, wie ein Mann, der das Land ebenso tief empfunden hat wie ich, mir nicht näher stehen konnte und sich stattdessen Frankreich enger verbunden fühlte. Das ist es, was ich nicht verstanden habe und was ich ihm vorhalte. Ansonsten kann ich Ihnen sagen: Niemand, aber auch niemand hat Algerien, hat die algerische Seele so begriffen wie er. Er hat sich nicht in den algerischen Menschen hinein fühlen müssen, denn dieser algerische Mensch war er selbst.

*Interview und Übersetzung aus dem Französischen:
Martina Nähle, Bad Honnef*

«Vom Leben zum Recht»

Zum Tode des amerikanischen Kanonisten James H. Provost

In Washington, D.C. starb am 26. August 2000 im Alter von 60 Jahren James (Jim) H. Provost, einer der bedeutendsten Kanonisten der USA. Eine jahrelange Krankheit hatte sein Immunsystem derart geschwächt, daß er wegen anderer Komplikationen nach einigen Wochen Koma verstarb.

Jim Provost hat mit seinem theoretisch gut unterbauten kritischen Denken die amerikanische Kanonistik aus ihrer eher auf die Praxis ausgerichteten Beschränkung herausgeführt, sie im internationalen Diskurs bei zahlreichen Gelegenheiten vertreten und diesen in vielerlei Hinsicht bereichert. Er war 1972/73 Berater, 1976/77 Vizepräsident, 1977/78 Präsident und von 1980 bis 1986 geschäftsführender Koordinator (Executive Coordinator) der Canon Law Society of America (CLSA), die man wohl als die bedeutendste Organisation dieser Art weltweit bezeichnen kann. Gerade in jener Zeit, als Provost in ihr führende Funktionen ausübte, hat sie durch ihre Veröffentlichungen erheblich zum kritischen Denken und Dialog beigetragen, so daß ihr heute auch Mitglieder in aller Welt angehören. Um ihre wissenschaftliche Arbeit zu akzentuieren und zu fördern, wurde der Sitz der CLSA unter Provosts Leitung in die Catholic University of America in Washington, D.C. verlegt. Es war deshalb auch konsequent, daß Provost bedeutende Teile des maßgeblichen amerikanischen Kommentars zum Codex Iuris Canonici von 1983 verfaßte, den die CLSA 1985 herausgab – etwa den Abschnitt über das Verhältnis von Papst und Bischöfen. Dieses Jahr erschien der Kommentar in einer neuen, gänzlich überarbeiteten Fassung¹, in der Provost den Teil über das kirchliche Amt (cc. 145–196) geschrieben hat. An dieser Stelle soll auch erwähnt werden, daß Provost dem Vorstand der internationalen kirchenrechtlichen Vereinigung *Consociatio Internationalis Studio Iuris Canonici Promovendo* (Rom) angehörte.

Lehrer, Forscher, Priester

James H. Provost wurde 1939 in Washington, D.C. geboren, wuchs jedoch im Staat Montana auf. Er betrachtete Montana als Heimat; es war darum auch sein Wunsch, dort bestattet zu werden. Er wurde Priester (Weihe in Leuven/Löwen 1963) des Bistums Helena, dem er sich zeit seines Lebens verbunden fühlte. Der spätere Erzbischof von Seattle (1975–91), *Raymond Gerhardt Hunthausen*, der in Konflikt mit Rom geriet, war davor Bischof von Helena (1962–75).² Provost unterhielt zeitlebens gute Beziehungen zu ihm und beriet ihn auch in seinen Schwierigkeiten. Das mag mit dazu beigetragen haben, daß er 1986 bei

¹ John P. Beal, James A. Coriden, Thomas J. Green, Editors, *New Commentary on the Code of Canon Law*, Paulist Press, New York/N.Y.-Mahwah/N.J. 2000.

² Vgl. Norbert Sommer, *Ruhe vor dem Sturm? Zur Herbstvollversammlung der US-Bischöfskonferenz*, in: *Orientierung* 50 (1986), S. 251–255, insbesondere S. 253–254.

der definitiven Ernennung zum Professor an der Catholic University of America Schwierigkeiten bekam.

Nach dem Theologiestudium in Löwen promovierte Provost 1967 im kanonischen Recht an der Lateran-Universität in Rom. Thema bzw. Titel seiner Dissertation war die «Interecclesial communion in the light of the II Vatican Council». Beide Elemente, die sein späteres wissenschaftliches Werk durchdringen, sind hier genannt: Ökumene und Zweites Vatikanisches Konzil. Nach der Promotion war er zwölf Jahre lang Kanzler und Vorsitzender Richter des kirchlichen Gerichts (Offizialat) in Helena. In dieser Zeit setzte er sich für den ökumenischen Dialog ein, war Mitbegründer der *Montana Association of Churches* und trat seit dieser Zeit insbesondere für den Dialog zwischen der römisch-katholischen und der anglikanischen Kirche ein. In seinem ganzen Leben fühlte er sich auch der Seelsorge verpflichtet und arbeitete im Rahmen des ihm zeitlich Möglichen in der Pfarr- und Krankenhauseelsorge mit. Eine ergreifende Abschiedsfeier in der Pfarrei St. John the Baptist am 29. August in Silver Spring, Maryland, unweit des letzten Wohnsitzes von Jim Provost, bezeugte gerade diesen Aspekt seines Lebens.

Der Hauptakzent lag aber auf Lehre und Forschung des Kirchenrechts im Kontext der US-amerikanischen Teilkirche und der Gesamtkirche. Dies führte dazu, daß er ein gesuchter Referent auf zahlreichen Kongressen und Gastdozent von Universitäten in allen Weltteilen war. Um so erstaunlicher war aber auch, daß er sich auf jeden Termin gut vorbereitete, Wiederholungen vermied und deshalb zu Recht den Eindruck vermittelte, daß er sich für die entsprechende Gelegenheit und Zuhörerschaft eigens vorbereitet hatte. Das Zentrum seiner Lehrtätigkeit war und blieb das Department of Canon Law an der Catholic University of America in Washington, D.C. Er hat viele Jahrgänge und somit Hunderte amerikanischer Kanonisten ausgebildet. Es war deshalb nicht verwunderlich, daß zum Gedenkgottesdienst am 30. August in der Krypta des National Shrine in Washington, D.C. neben den derzeitigen Studenten ehemalige aus vielen Teilen der USA erschienen.

Provost war für viele Jahre und bis zu seinem Lebensende Mitherausgeber der angesehenen US-amerikanischen kirchenrechtlichen Zeitschrift «The Jurist». Er folgte *Peter Huizing*³ nach als Direktor für Kirchenordnung der internationalen theologischen Zeitschrift «Concilium». In beiden Zeitschriften bezeugen zahlreiche Beiträge seine Weite des Denkens und wissenschaftliche Gründlichkeit. Die Entwicklung der Zeitschrift «Concilium» hat er mit stets positiver Kritik verfolgt, insbesondere durch seine Beiträge auf den Jahresvollversammlungen. Da er die heutige Struktur der Zeitschrift nicht akzeptieren konnte und wollte, verzichtete er nach dem letzten Heft, das «Concilium» der Disziplin Kirchenordnung 1996 unter dem programmatischen Titel «Vom Leben zum Recht» geweiht hat, auf eine weitere Mitarbeit.⁴

Wie bereits angedeutet, bekam Provost Mitte der achtziger Jahre Schwierigkeiten, als es um die ständige Anstellung (sog. tenure) am Department of Canon Law in Washington ging. Er selbst hat diese Angelegenheit immer mit größter Diskretion behandelt, und auch nach dem für ihn schließlich positiven Ende wenig darüber verlauten lassen. Wer aber zu ihm einen persönlichen Kontakt hatte, konnte gut mitbekommen, wie ihn diese Angelegenheit bis in die Seele getroffen hatte. Provost war ein kritischer Kanonist, der stets sachlich-argumentativ blieb. Daß er der Kirche tief verbunden war, bezeugt sein Leben als Kanonist und Seelsorger in der nötigen Deutlichkeit. Auch konnte seine bescheidene, priesterliche Lebensweise nie Anlaß zu Zweifeln geben. Um so erstaunlicher war

dann, daß 1986 die 19 Bischöfe im 42 Mitglieder zählenden «Board of Trustees» (Vorstand oder Kuratorium) der Catholic University of America seine ständige Anstellung blockierten. Die Ablehnung seiner Person kam aber nicht in erster Linie von den Bischöfen. Ganz offensichtlich handelten sie auf Anweisung der römischen Kongregation für das Katholische Bildungswesen, die einige Auffassungen, die Provost veröffentlicht hatte, als nicht akzeptabel erachtete. Inwiefern auch seine damals beginnende Arbeit für «Concilium» eine Rolle spielte, wurde nie recht deutlich. Sicher aber ist, daß einige Standpunkte, die Provost zeit seines Lebens vertrat, in Rom Anstoß erregten: die Öffnung kirchlicher Ämter für Laien, der Abbau struktureller Diskriminierung der Frauen in der Kirche⁵ und das Verhältnis wissenschaftlicher Theologie zum kirchlichen Lehramt. Erst nach Interventionen seitens der Fakultät und zahlreicher Kollegen sowie wegen der Überzeugung der Mehrheit der Mitglieder des «Board of Trustees», daß Provost über jeden Zweifel erhaben sei, konnte eine für Jim Provost letztlich günstige Entscheidung herbeigeführt werden. Allerdings wurde von ihm abverlangt, einige seiner Ansichten zu verdeutlichen oder zu modifizieren, so daß auf der ganzen Angelegenheit ein unguter Schimmer blieb. Die Eingeweihten schmerzt dies noch stets.

Dem Zweiten Vatikanischen Konzil verbunden

Die wichtigsten Publikationen Provosts außer den bereits in diesem Nachruf genannten sowie den zahlreichen Themanummern in «Concilium» waren einige Titel, die er in der *Canon Law Society of America* herausgab: «Official ministry in a new age» (1981), «Code, community, ministry: selected studies for the parish minister introducing the revised Code of canon law» (1983), «The Church as mission» (1984) und «The Church as communion», gleichfalls 1984. Ergebnis ausgezeichnete und jahrelanger fruchtbarer Zusammenarbeit mit seinem guten Freund und Mitstreiter *Giuseppe Alberigo* (Bologna) war der Titel «Synod 1985: an evaluation» (T. & T. Clark, Edinburgh 1986).⁶ Sehr wichtig war schließlich die englisch-lateinische kommentierte Ausgabe der Apostolischen Konstitution «Pastor Bonus», die Provost zusammen mit *Francis C. C. F. Kelly* und *Michel Thériault* (Ottawa) herausgegeben hat (Faculty of Canon Law, Saint Paul University, Ottawa 1998).

Zum Gedenkgottesdienst am 30. August in der Krypta des National Shrine erschien neben Weihbischof *John J. Kasing* als Vertreter des US-amerikanischen Militärerzbischofs auch der gebrechliche Washingtoner Erzbischof *James A. Cardinal Hickey* (79), der 1983 im Auftrag der Römischen Kurie wegen der Angelegenheit Hunthausen eine Visitation der Erzdiözese Seattle durchgeführt hatte. Dies wurde von Beobachtern als eine versöhnliche Geste und besondere Würdigung der Leistungen Provosts durch den Episkopat gewertet. Aus unterschiedlichen Gründen hatte Provost eine Kremation gewünscht. Die Urne mit seiner Asche wurde eine Woche nach dem Gottesdienst im Beisein von Familienangehörigen sowie Vertretern des Washingtoner Department of Canon Law auf dem Auferstehungsfriedhof in Helena (Montana) beigesetzt.

Während des Gedenkgottesdienstes im Beisein von Kardinal Hickey und am Vorabend in der Pfarrkirche St. John the Baptist in Silver Spring, Maryland, wurde häufig hervorgehoben, daß Jim Provost ein Kanonist war, der sich dem Zweiten Vatikanischen Konzil verbunden fühlte. Ein leider wohl recht angebrachter Hinweis in der Zeit des Todes dieses großen amerikanischen Kirchenrechtlers. *Knut Walf, Nijmegen*

³Vgl. Knut Walf, Gott, Mensch und Gesetz. Zum Tode des Kirchenrechtlers Peter Huizing (1911–1995), in: Orientierung 59 (1995), S. 212–214.

⁴Es ist kein Zufall, wenn der Titel jenem gleicht, den er der Festschrift für P. Huizing gab: James H. Provost, Knut Walf, Hrsg., *Ius Sequitur Vitam – Law Follows Life. Studies in Canon Law – Presented to P.J.M. Huizing*. (Annua Nuntia Lovaniensia XXXII), Peeters, Leuven 1991.

⁵Ausgerechnet am Tage des Requiems für Jim Provost wurde in Washington bekannt, daß der Vatikan das Gesuch der US-amerikanischen Bischofskonferenz abgewiesen hat, die bisherige Vizesekretärin der Bischofskonferenz, Schwester Sharon Euart (Mitglied der Sisters of Mercy), zur Sekretärin der Konferenz zu ernennen.

⁶Deutsch in: «Concilium» 22 (1986), Heft 6, S. 409–506.

Wenn ein Konzil umgedeutet wird...

Versucht man einen vorläufigen Überblick von zustimmenden wie kritischen Stellungnahmen zu der am 5. September 2000 veröffentlichten Erklärung der Glaubenskongregation *«Dominus Iesus. Über die Einzigkeit und die Heilsuniversalität Jesu Christi und der Kirche»*, so steht man vor einer paradoxen Situation.¹ Wird doch in diesen durchgehend festgestellt, daß die in der Erklärung *Dominus Iesus* vertretene Position von der «Einzigkeit und Einheit der (Römisch-katholischen) Kirche» nichts Neues sei. Andererseits spiegelt sich in den Stellungnahmen tiefe Enttäuschung über nun zerschlagene Erwartungen in der Ökumene, wenn zum Beispiel der Ratsvorsitzende der EKD Manfred Kock von einer Verfestigung des traditionellen Selbstverständnisses der Römisch-katholischen Kirche und einem Rückschlag für die Ökumene spricht oder wenn der Erzbischof von Canterbury George Carey formuliert, die römische Erklärung bringe zwar nichts Neues, würde aber in keiner Weise das in den letzten dreißig Jahren im ökumenischen Dialog und in der ökumenischen Zusammenarbeit erreichte «tiefer gegenseitige Verständnis» zum Ausdruck bringen.² Das Wissen um die Lage und der Ausdruck enttäuschter Erwartungen klaffen in diesen Feststellungen derart auseinander, daß sich die Frage stellt, ob den ökumenischen Dialogen und der Zusammenarbeit der Kirchen in den letzten Jahrzehnten nicht grundlegende Mißverständnisse über die Rahmenbedingungen und die Optionen der Ökumene zugrunde lagen.

Eine solche Deutung der Reaktionen auf die Erklärung *Dominus Iesus*, wenn sie denn zutreffen würde, könnte aber keineswegs beruhigen, denn sie forderte nur um so dringender Antworten auf die Frage, wie solche hartnäckige Selbsttäuschungen und Mißverständnisse möglich gewesen seien. Die Erklärung *Dominus Iesus* selbst ist in ihrer Zielsetzung und in ihrer Durchführung so angelegt, daß sie eine solche Frage, gerichtet an die katholische Kirche, gar nicht zuläßt, die Beweislast also allein den Partnern im ökumenischen und interreligiösen Gespräch aufbürdet. Dies wird daran schon deutlich, wie im einleitenden Teil der Grund für die Veröffentlichung der Erklärung beschrieben wird: «Die Praxis und die theoretische Vertiefung des Dialogs zwischen dem christlichen Glauben und den anderen religiösen Traditionen werfen neue Fragen auf, auf die man einzugehen versucht, indem man neue Wege der Forschung einschlägt, Vorschläge entwickelt und Verhaltensweisen anregt, die eines sorgfältigen Unterscheidungsvermögens bedürfen. Die vorliegende Erklärung möchte den Bischöfen, Theologen und allen katholischen Gläubigen zu dieser Thematik einige unumgängliche lehrmäßige Inhalte in Erinnerung rufen, die der theologischen Forschung helfen sollen, Lösungen zu entwickeln, die mit dem Glaubensgut übereinstimmen und auf die kulturellen Bedürfnisse unserer Zeit antworten.» (Nr. 3) Dieser formalen Beschreibung kann man nur zustimmen. Wenn man aber im Text nach Passagen sucht, in denen die «neuen Fragen» beschrieben werden, die ein Ergebnis des bisherigen interreligiösen Dialoges sind, so gibt es nur folgende, einschränkende Darlegung: «Es ist deshalb als Wahrheit des katholischen Glaubens fest zu glauben, dass der universale Heilswille des einen und dreifaltigen Gottes ein für allemal im

Mysterium der Inkarnation, des Todes und der Auferstehung des Sohnes Gottes angeboten und Wirklichkeit geworden ist. Unter Beachtung dieses Glaubenssatzes ist die Theologie heute eingeladen, über das Vorhandensein anderer religiöser Erfahrungen und ihrer Bedeutung im Heilsplan Gottes nachzudenken und zu erforschen, ob und wie auch Gestalten und positive Elemente anderer Religionen zum göttlichen Heilsplan gehören können. In diesem Bereich gibt es für die theologische Forschung unter Führung des Lehramtes der Kirche ein weites Arbeitsfeld.» Diese Beschreibung – neben der beschränkten Rolle, die sie theologischer Forschung zubilligt – wird schon auf der Ebene eines Resumés der Fülle und Komplexität der im ökumenischen und interreligiösen Dialog in den letzten Jahrzehnten gewonnenen Einsichten auch für den Glauben der Christen nicht gerecht.³ Sie nimmt nicht zur Kenntnis, wie Erfahrungen aus dem gemeinsamen Einsatz für Gerechtigkeit und Menschenrechte das Selbstverständnis der einzelnen Religionen und Kirchen geprägt und verändert haben. Aber auch auf der Ebene der Methode bleibt die Beschreibung der Erklärung *Dominus Iesus* unzureichend, denn sie spricht an der gleichen Stelle von den Religionen in einer «subjektlosen» Weise und nimmt damit nicht zur Kenntnis, daß die katholische Kirche sich dazu verpflichtet hatte, «Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Menschen von heute, besonders der Armen und Bedrängten» sich so zu eigen zu machen, daß sie «Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Jünger Christi» sind.⁴

Diese zwei Sachverhalte haben schwerwiegende Konsequenzen für die Argumentation der Erklärung *Dominus Iesus* in ihrer Gesamtheit. In ihrem Nachweis über die Unvereinbarkeit des katholischen Glaubens mit den Positionen einer pluralistischen Religionstheorie findet sich nirgendwo ein Hinweis, wie das Anliegen ihrer Vertreter, nämlich die Erkenntnis des Andersseins der Religionen, und seine Anerkennung gleichzeitig leisten zu wollen⁵, von ihr bewertet wird, kann doch nicht von vornherein ausgeschlossen werden, daß die Erklärung *Dominus Iesus* nicht auch die gleiche Option für die Kirche als verpflichtend ansieht, wenn sie formuliert: «Dieser (interreligiöse, N.K.) Dialog, der zum Evangelisierungsauftrag der Kirche gehört, führt zu einer Haltung des Verständnisses und zu einer Beziehung der gegenseitigen Kenntnis und Bereicherung, und zwar im Gehorsam gegenüber der Wahrheit und mit Respekt vor der Freiheit.» (Nr. 2) Die Erklärung bietet somit zwar Elemente für die theologisch und interreligiös notwendige Debatte um Fruchtbarkeit und Grenzen bisher vorgelegter Entwürfe einer Theologie der Religionen, vergibt sich aber gleichzeitig die Chance, einen weiterführenden (hermeneutisch reflektierten) Beitrag dazu zu leisten.

Was bedeutet «subsistit in»?

Diese letzte Feststellung könnte zu Recht als unbillig zurückgewiesen werden, wenn man die von der Erklärung *Dominus Iesus* beabsichtigte Zielsetzung in Erinnerung ruft: «Die vorliegende Erklärung möchte den Bischöfen, Theologen und allen katholischen Gläubigen zu dieser Thematik einige unumgängliche lehrmäßige Inhalte in Erinnerung rufen.» (Nr. 2) Ihrem ausdrücklichen Selbstverständnis nach will die Erklärung keine Fortschreibung der Lehre vorlegen. Was sie nach ihren eigenen

¹ Kongregation für die Glaubenslehre, Erklärung *Dominus Iesus. Über die Einzigkeit und die Heilsuniversalität Jesu Christi und der Kirche*. 6. August 2000. (Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls, 148). Hrsg., Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn 2000. Zum lehramtlich definitiven Charakter der Erklärung vgl. das Statement von Erzbischof I. Bertone (Bollettino Sala Stampa 5.9.2000); die vertrauliche Note über den restriktiven Gebrauch des Ausdrucks «Schwesterkirche» vom 30. Juni 2000, in: *Origins* 30 (2000), S. 222ff.

² Manfred Kock, Für Zweifel kein Raum, in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt vom 8. September 2000, S. 24; Statement by the Archbishop of Canterbury Concerning the Roman Catholic Document «*Dominus Iesus*». Anglican Communion News Service 2219. Lambeth Palace, London 2000.

³ Wie sie zum Beispiel in den Eingaben und den Voten der Bischöfe auf den kontinentalen Bischofssynode in Rom in den Jahren 1994, 1997, 1998 und 1999 zum Ausdruck kamen oder in der Arbeit des Päpstlichen Rates für den interreligiösen Dialog geleistet wurde (vgl. die entsprechenden Bulletins «Pro Dialogo»).

⁴ Die Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute *Gaudium et spes* geht davon aus, daß in den Hoffnungen und Leiden der Menschen Jesus Christus dem Christen begegnet.

⁵ Vgl. Ulrich H. J. Körtner, Christus allein? Christusbekenntnis und religiöser Pluralismus aus evangelischer Sicht, in: *Theologische Literaturzeitung* 123 (1998) Sp. 3–20, bes. 13ff.

Worten nicht tun will, tut sie aber *de facto*, und genau dieser Sachverhalt ist es, der hinter der Kritik und Enttäuschung der ökumenischen Partner steht, auch wenn es von vielen so nicht formuliert wurde.

Im Kapitel «Über die Einzigkeit und Einheit der Kirche» zitiert der einschlägige Text von *Dominus Iesus* die Kirchenkonstitution *Lumen gentium* des Zweiten Vatikanischen Konzils: «Diese Kirche (Christi, N.K.), in dieser Welt als Gesellschaft verfasst und geordnet, ist verwirklicht [*subsistit in*] in der katholischen Kirche, die vom Nachfolger Petri und von den Bischöfen in Gemeinschaft mit ihm geleitet wird», um diese Passage anschließend zu interpretieren: «Mit dem Ausdruck *«subsistit in»* wollte das Zweite Vatikanische Konzil zwei Lehrsätze miteinander in Einklang bringen: auf der einen Seite, dass die Kirche Christi trotz der Spaltungen der Christen voll nur in der katholischen Kirche weiterbesteht, und auf der anderen Seite, «dass außerhalb ihres sichtbaren Gefüges vielfältige Elemente der Heiligung und der Wahrheit zu finden sind», nämlich in den Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften, die nicht in voller Gemeinschaft mit der katholischen Kirche stehen. Bezüglich dieser Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften ist festzuhalten, dass «deren Wirksamkeit sich von der der katholischen Kirche anvertrauten Fülle der Gnade und Wahrheit herleitet». Es gibt also eine einzige Kirche, die in der katholischen Kirche subsistiert...» (Nr. 16) Daß diese exklusive Deutung nach ihrer Meinung den Text von *Lumen gentium* sachgemäß wiedergibt, begründet die Erklärung *Dominus Iesus* in einer eigenen Fußnote: «Der authentischen Bedeutung des Konzilstextes widerspricht deshalb die Interpretation jener, die von der Formel *«subsistit in»* die Meinung ableiten, dass die einzige Kirche Christi auch in anderen christlichen Kirchen verwirklicht sein könnte», und sie führt als Beleg für ihre Position die *Notificatio* der Glaubenskongregation zu Leonardo Boffs Buch «Kirche: Charisma und Macht. Versuch einer militanten Ekklesiologie» aus dem Jahre 1985 an: «Das Konzil hingegen hat das Wort *«subsistit»* gerade deshalb gewählt, um klarzustellen, dass nur eine einzige «Subsistenz» der wahren Kirche besteht, während es außerhalb ihres sichtbaren Gefüges lediglich «Elemente des Kircheseins» gibt, die – da sie Elemente derselben Kirche sind –

zur katholischen Kirche tendieren und hinführen.» Schon 1985 hatte der damalige Präsident der Theologischen Gesellschaft Italiens Luigi Sartori festgestellt, daß die *Notificatio* hier Leonardo Boff nicht korrekt wiedergibt, wenn sie ihm in diesem Kontext unterstellt, er würde grundsätzlich die katholische Kirche und die anderen christlichen Konfessionen gleichstellen.⁶ Darüber hinaus widerspricht die *Notificatio* mit ihrer exklusiven Deutung des *«subsistit in»* der Aussageabsicht des zitierten Textes von *Lumen gentium*.

Dies ergibt sich eindeutig aus der Redaktionsgeschichte der Nummer 8 von *Lumen gentium*. Die Theologische Kommission, die mit der Einarbeitung der Verbesserungsvorschläge zum 1. Kapitel von *Lumen gentium* zwischen der zweiten und dritten Sitzungsperiode des Konzils beauftragt war, begründete den Wechsel von *«est Ecclesia Catholica»* zu *«subsistit in Ecclesia Catholica»* mit dem Hinweis darauf, daß diese neue Formulierung sachgemäß dem im Textentwurf anschließenden Satz entspreche:⁷ «Das schließt nicht aus, daß außerhalb ihres Gefüges vielfältige Elemente der Heiligung und der Wahrheit zu finden sind, die als der Kirche Christi eigene Gaben auf die katholische Einheit hindrängen.» Nicht nur hat die Theologische Kommission noch einmal in der gleichen *Relatio* wie dann in der *Relatio* über das gesamte erste Kapitel ihren Textvorschlag wiederholt, sondern in der Passage, in der sie den Aufbau von *Lumen gentium* Nr. 8 erläutert, führt sie ausdrücklich aus:⁸ «Die Kundgabe des Mysteriums in der katholischen Kirche geschieht gleichzeitig in Kraft und Schwachheit, nämlich auch in den Verhältnissen der Armut und der Verfolgung, der Sünde und der Reinigung, damit die Kirche Christus ähnlich werde, der jedoch ohne Sünde war. Das Thema der Armut wird etwas ausführlicher behandelt, wie einige Väter es gewünscht hatten. Die Kirche überwindet aber alle diese Schwierigkeiten durch die Kraft Christi und durch die Liebe, wodurch sie das Mysterium – freilich unter Schatten – offenbart, bis sie zum vollendeten Lichte kommt.» Die Theologische Kommission verband hier also die Frage nach dem ekklesialen Charakter der nicht römisch-katholischen Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften mit der historischen Gestalt der Kirche als Gemeinschaft in der Nachfolge Jesu.

Der Rückgang auf die Redaktionsgeschichte von *Lumen gentium* Nr. 8 bestätigt Eberhard Jüngels Kritik an der Erklärung *Dominus Iesus*, daß hier eine Formulierung, die während des Konzils eine ökumenische Öffnung bedeutet hatte, nun 35 Jahre später den Weg der Ökumene verbaut⁹, er zeigt aber darüber hinaus auch die innerkatholisch verheerenden Folgen eines solchen Wechsels. Denn was diese Formel einmal an selbstkritischem Potential (die Kirche in ihrer Endlichkeit und verknüpft mit den Kämpfen und Konflikten in der Geschichte) in sich barg, wird nun zu einem Stichwort eines unbedingten Anspruches umgedeutet.

Nikolaus Klein

⁶Luigi Sartori, Ratzinger: la memoria non vada perduta! Boff: ma per la profezia! in: Il regno-attualità vom 15. April 1985, S. 173–176; Francis Sullivan, Le sens et l'importance de la décision de Vatican II de dire, à propos de l'église du Christ, non pas qu'elle «est» mais qu'elle «subsiste dans» l'église catholique romaine, in: René Latourelle, Hrg., Vatican II. Bilan et perspectives. Vingt-cinq ans après. Cerf, Paris und Bellarmin, Montréal 1988, Band 2, S. 299–314; Leonardo Boff, Igreja: carisma e poder. Inclui Apêndice com os documentos do processo doutrinário pelo Vaticano contra o Autor. Ática, São Paulo 1994, S. 343–367.

⁷Acta Synodalia Sacrosancti Concilii Oecumenici Vaticani Secundi: Band 3, Teil 1, S. 177.

⁸Ebenda S. 176f. und 178ff.

⁹Eberhard Jüngel, Nur Wahrheit befreit, in: Das Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt vom 15. September 2000, S. 20–22. – Für die Ökumene bedeutet die Erklärung *Dominus Iesus* einen Paradigmenwechsel, nämlich das Ende einer Ökumene des differenzierten Konsenses oder «einer Einheit in Verschiedenheit». Zu fragen ist auch, was in der am 31. Oktober 1999 in Augsburg von Vertretern der Katholischen Kirche und des Lutherischen Weltbundes unterzeichneten «Gemeinsamen offiziellen Feststellung» zur «Gemeinsamen Erklärung zur Rechtfertigungslehre» mit dem Satz gemeint ist: «Die Katholische Kirche und der Lutherische Weltbund haben den Dialog als gleichberechtigte Partner (<par cum pari>) begonnen und geführt.»

ORIENTIERUNG (ISSN 0030-5502)

erscheint 2× monatlich in Zürich

Katholische Blätter für weltanschauliche Informationen
Herausgeber: Institut für Weltanschauliche Fragen

Redaktion und Administration:

Scheideggstraße 45, CH-8002 Zürich
Telefon (01) 201 07 60, Telefax (01) 201 49 83
Redaktion: Nikolaus Klein, Karl Weber,
Josef Bruhin, Werner Heierle, Pietro Selvatico
Ständige Mitarbeiter: Albert von Brunn (Zürich), Beatrice
Eichmann-Leutenegger (Muri BE), Paul Konrad Kurz (Gauting),
Heinz Robert Schlette (Bonn), Knut Walf (Nijmegen)

Preise Jahresabonnement 2000:

Schweiz (inkl. MWSt): Fr. 57.– / Studierende Fr. 42.–
Deutschland: DM 69.– / Studierende DM 49.–
Österreich: öS 520.– / Studierende öS 400.–
Übrige Länder: sFr. 53.– zuzüglich Versandkosten
Gönnerabonnement: Fr. 60.– / DM 70.– / öS 500.–

Einzahlungen: ORIENTIERUNG Zürich

Schweiz: Postkonto Zürich 80-27842-8
Deutschland: Postbank Stuttgart (BLZ 600 100 70)
Konto Nr. 6290-700
Österreich: Z-Länderbank Bank Austria AG,
Zweigstelle Feldkirch (BLZ 20151),
Konto Nr. 473009 306, Stella Matutina, Feldkirch

Druck: Druckerei Flawil AG, 9230 Flawil

Abonnements-Bestellungen bitte an die Administration.
Das Abonnement verlängert sich automatisch, wenn die
Kündigung nicht 1 Monat vor Ablauf erfolgt ist.

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.